

zen und Tieren nährt, daß nunmehr kein Zweifel bestehen dürfte: es muß etwas Durchgreifendes geschehen. Schweizer, der durch seine völlig unpathetische Sachlichkeit so eindrucksvoll wirkte, fand auch ein praktisches, lösendes Wort: Schafft eine öffentliche Meinung gegen die Versuche mit Atombomben, sie wird die Wendung bringen. Leider wohl nur im Westen, wo es eine öffentliche Meinung gibt, nicht aber im Osten. Diese öffentliche Meinung im Westen befindet sich überraschend schnell in der Entwicklung, und sie wird schon so stark, daß man meinen möchte, es bedürfte kaum noch des Gebetes. Aber das wäre ein Irrtum. Es bleibt für unsere Gebetsmeinung sehr viel zu tun, eigentlich das Entscheidende: die Wendung im Osten herbeizuführen.

3. Auch in dieser neuen Phase der Aussprache über die nukleare Gefahr hat der Heilige Vater abermals Stellung genommen, einmal in einer Antwortnote an Professor Matsushita, den Sonderbeauftragten von Japan, das von den Versuchsexplosionen im Pazifik und in Sibirien aufs stärkste in Mitleidenschaft gezogen wird, sodann in seiner Osterbotschaft. Die Note, die schon am 14. April überreicht war, wurde am Tage nach dem Appell Albert Schweitzers im „Osservatore Romano“ veröffentlicht. Darin heißt es: „Wenn es sich um Naturkatastrophen handelt, muß man vor dem, was durch den Willen des Allmächtigen geschieht, sein Haupt neigen. Aber wenn sich eine Katastrophe durch den perversen Herrscherwillen eines Menschen ereignen sollte, dann muß ein solcher Akt von jedem recht denkenden Menschen getadelt und verurteilt werden. Anstelle der unnützen Verschwendung wissenschaftlicher Tätigkeit und Arbeit und materieller Mittel zur Vorbereitung einer solchen Katastrophe, deren unmittelbare ungeheure Schäden und letzte biologische Wirkungen auf lebende Wesen niemand voraussagen kann, anstelle dieses schrecklichen und kostenreichen Laufs zum Tode hin müssen die Verantwortungsbewußten aller Nationen und jeden Glaubens die schwere moralische Verpflichtung verspüren, weiterhin das edle Ziel zu verfolgen, diese Energien im Dienste des Menschen zu beherrschen...“ (vgl. ds. Heft, S. 407). In der Osterbotschaft aber steht der Satz: „Die Kernenergie hat schon praktisch den Anfang für eine neue Epoche gesetzt. Häuser sind schon beleuchtet mit Energie, die aus der Nutzung der Kernspaltung stammt, und der Tag scheint nicht allzufern zu sein, an welchem die Städte beleuchtet und die Maschinen getrieben werden durch ähnliche synthetische Prozesse, wie sie seit Milliarden von Jahren der Sonne und den anderen Sternen ihre Leuchtkraft geben. Die elektronische und die mechanische Kraft stehen im Begriffe, die Welt der Produktion und der Arbeit durch die Automation zu verändern: Der Mensch wird so immer mehr Herr seiner Werke und sieht seine Arbeit sich verfeinern in Qualität und geistiger Weitung...“ (vgl. ds. Heft, S. 420). Der Mensch wird Herr seiner Werke! Ja, wäre es der erlöste Mensch, der gehorsame Mensch, wie er aus Gottes Schöpferhand hervorgegangen ist, so wäre etwas zu ahnen von dem Anbruch einer Neuen Schöpfung, auf die wir im Glauben an Jesus Christus warten. Noch aber ist alles Nacht, fügte der Papst hinzu. Noch sind also die Ratschlüsse Gottes, was er mit diesem mächtigen Überprometheus Mensch tun soll, in der Schwebe. Noch ist die Stunde des Gebetes und der Fürbitte und nicht die Stunde des Gerichts.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die westdeutschen Bischöfe zur Frage der Christlichen Gewerkschaften

Die Bischöfe der Bundesrepublik haben am 2. Mai 1957 erneut zur Frage der Christlichen Gewerkschaften in Deutschland öffentlich Stellung genommen. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: In ihrer Stellungnahme zur Gründung der Christlichen Gewerkschaften haben die deutschen Bischöfe am 6. November 1955 [vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 100] unter anderem erklärt: „Wenn sich nun christliche Arbeitnehmer aus echter innerer Bedrängnis nach langen Überlegungen in Freiheit zur Neugründung entschlossen haben, so achten wir diese sachlich wohl begründete Entscheidung und erwarten für sie Verständnis, besonders im kirchlichen Bereich. Wir ermahnen alle katholischen Arbeitnehmer, unbeschadet ihrer Einstellung zur Gewerkschaftsfrage auf die Wahrung christlicher Bruderliebe bedacht zu sein, sich gegenseitig nicht zu verunglimpfen und sich gemeinsam um die Durchsetzung christlicher Grundsätze und Forderungen zu bemühen.“

Nicht selten ist die Auffassung vertreten worden, die Bischöfe hätten in dieser Verlautbarung einen völlig neutralen Standpunkt eingenommen. Demgegenüber ist festzustellen, daß dies weder dem Wortlaut noch der Absicht dieser Verlautbarung entspricht. Es ist also falsch, die Folgerung daraus zu ziehen, daß es einfach eine Sache des persönlichen Geschmacks oder der ganz persönlichen Einstellung des einzelnen Katholiken sei, seinen eigenen grundsätzlichen Standpunkt zu wählen. Noch weniger kann daraus die Berechtigung hergeleitet werden, die Christlichen Gewerkschaften in ihrer Existenzberechtigung zu verneinen oder sie öffentlich oder versteckt zu bekämpfen. Vielmehr handelte es sich um eine positive Stellungnahme, die später unter anderm noch durch gelegentliche Äußerungen Sr. Eminenz des Hochwürdigsten Herrn Kardinals von Köln unterstrichen wurde.

Die Gründe, die zur Gründung der Christlichen Gewerkschaft geführt haben, sind bekannt: häufige Verletzung der Neutralität in Fragen von grundsätzlicher religiöser, sozialer und kulturpolitischer Bedeutung. Wir erinnern nur an den auch heute noch fortdauernden Kampf der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gegen die konfessionelle Schule und die konfessionelle Lehrerbildung, Infiltration der Mitglieder mit achristlichem Gedankengut durch die gewerkschaftliche Presse- und Bildungsarbeit, so daß katholische Mitglieder in ihrem Glauben und in ihrer Treue zur Kirche gefährdet wurden — vor allem aber auch die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation, die sich positiv für die Verwirklichung der christlichen Soziallehre einsetzt und das Erfordernis einer Unterstützung der internationalen christlichen Gewerkschaftsarbeit vor allem mit Rücksicht auf die Missionsgebiete.

Diese Gründe bestehen auch heute noch zu Recht, und die Sorgen, welche die Gründer damals bewogen haben, sind auch in der Zwischenzeit durchaus nicht gegenstandslos geworden.

Wir Bischöfe sind besonders besorgt um gewisse Verlautbarungen von kleineren Gruppen und Einzelpersonlichkeiten im katholischen Raum, die sich gegen die Christlichen Gewerkschaften richteten. Auch von diesen Katho-

liken erwarten wir, daß sie zum mindesten alles unterlassen, was das weitere Wachstum der Christlichen Gewerkschaften hindern könnte; wir wünschen vielmehr, daß sie sich bemühen, zu einer günstigen Entwicklung der neugegründeten Gewerkschaften beizutragen. Als Bischöfe halten wir es für unsere Pflicht, alle katholischen Gemeinschaften und Verbände darauf hinzuweisen, daß es mit ihrem kirchlichen bzw. katholischen Charakter nicht vereinbar ist, wenn sie sich in einer für die Zukunft unserer katholischen Arbeitnehmerschaft, unseres Volkes und der Kirche in Deutschland so wichtigen Frage über die einmütige Auffassung der Bischöfe hinwegsetzen.

Zum Schluß bitten wir alle katholischen Verbände und Gruppen herzlich und dringend, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß entsprechend unserer Mahnung vom 6. November 1955 in allem die Bruderliebe gewahrt bleibe, daß sich alle sorgsam davor hüten, einander zu verunglimpfen und daß sich alle gemeinsam um die Durchsetzung christlicher Grundsätze und Forderungen bemühen.

Namens der westdeutschen Bischöfe

(gez.) Joseph Kardinal Frings
Erzbischof von Köln.

**Sendung der Kirche
und Laien-
verantwortung.
2. Diözesan-Arbeits-
tagung in
Paderborn**

„Die Mitarbeit der Laien am Apostolat der Kirche“ war bereits Gegenstand der ersten Arbeitstagung von Priestern und Laien der Erzdiözese Paderborn im Januar 1954 (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jahrgang,

S. 387 f.): das Faktum der Mitarbeit zunächst, sowie Möglichkeiten und Methoden der Gestaltung. Demgegenüber bedeutete die Thematik der zweiten Arbeitstagung dieser Art vom 28. bis 30. März dieses Jahres in Paderborn: „Die Mission der Kirche und die Verantwortung des Laien“, einen entschiedenen Vorstoß zu einer tieferen theologischen Begründung des Laienapostolates wie zu möglicherweise weittragenden Initiativen für seine Verwirklichung im Sinne einer Kirchwerdung in Bewußtsein und Praxis des kirchlichen Lebens.

Die drei Hauptreferate: „Das Mysterium der Kirche und ihrer Sendung“ (Prof. Delahaye, Aachen), „Die Erwartungen der modernen Welt“ (Geistl. Rat Aufderbeck, Paderborn) und „Die Befähigung der Laien zu ihrer Verantwortung“ (Prof. Flintrop, Alfeld), folgten zunächst äußerlich dem Grundschemata des Arbeitsplanes des bevorstehenden Weltkongresses für das Laienapostolat im Oktober dieses Jahres in Rom. Ihrem eigentlichen inneren Aufbau nach stellten die Referate jedoch eine in sich geschlossene und umfassende Gedankenfolge dar zu jenem entscheidenden Wesenszusammenhang zwischen den theologischen Fundamenten und den asketischen Forderungen des Apostolates, ohne den alles Wirken unfruchtbar bleiben muß.

Die Referate

Die ekklesiologische Begründung des Laienapostolates durch Prof. Delahaye ging vom Wesen und der Struktur der Mission der Kirche aus — als dem einen, dem ganzen mystischen Leibe der Kirche anvertrauten Auftrag für das Heil der Welt, mit einer unteilbaren, aber je nach Stufen und Weise verschiedenen und nicht vertauschbaren Verantwortung. Dieses heilsgeschichtlich entscheidende Auf-

einander-angewiesen-Sein vom Amt als dem väterlichen und dem Volk als dem mütterlichen Prinzip in der übernatürlichen Fruchtbarkeit der Kirche begründet eine lebensnotwendige gegenseitige Zuordnung in Vertrauen und Liebe, im Gehorsam gegenüber dem einen Dienst der Kirche an der Welt, in dem Christus und sein Heil — in dieser Zeit — allein Gestalt annehmen will. Kein lebendiges Glied darf von der heilsvermittelnden Sendung Christi ausgeschlossen werden.

Die bleibende geschichtstheologische Situation dieser Mission der Kirche und des Laienapostolates, wie sie Geistl. Rat Aufderbeck aufzeigte, verlangt unerbittlich eine christliche Überwindung der Welt. Die alte und immer neue Bedrohung durch den Widerspruch einer gefallenen Welt, das ständige In-Frage-gestellt-Sein durch menschliche Grenzen und Schwächen wie ein immer Neu-angefordert-Bleiben durch die Not und die Erwartungen der Welt sind das Klima, in dem der Christ zunächst in der eigenen Existenz die Widerstände gegenüber einer Ankunft des Heiles auszuräumen hat. Der Erprobungen gibt es zahllose, aber die charakteristischen Entscheidungen fallen heute vielleicht gegenüber einer „Jonasversuchung“ zur Flucht vor der Wirklichkeit und dem Einsatz — der „Petrusversuchung“ eines falschen Selbstvertrauens — einer optimistischen wie pessimistischen „Weltverkenning“ — und gegenüber der gefährlichen Versuchung zum Rückblicken, dem Natürlichen-alleinsich-Verhaften, Ihm-Verfallen wie bei Lots Weib. Chancen wie Gefahren für eine christliche Weltbewältigung aus dem Evangelium bietet jede Zeit. Besonders gefordert ist heute die vom Glauben erleuchtete „Durchschau“ einer bloßen Diesseitigkeit und die brüderliche Annahme der ganzen Wirklichkeit als Schöpfung in einer übernatürlich begründeten Bejahung aller ihrer Heilserwartungen. Möglich wird dies allerdings nur — und das ist die eigentliche christliche Chance — in dem, der als Erlöser der Welt seine Mitarbeiter unter die drei Forderungen gestellt hat: des „Komm“ eines Aufbruchs im Glaubensgehorsam, des „Geh“ einer Sendung aus übernatürlicher Heilsgewißheit, endlich des „Bleibe“ in der Fruchtbarkeit der göttlichen Liebe.

Auf die Anforderung des Laien durch die Welt von heute, durch sein Verpflichtetsein auf ihre Heilserwartungen, auf diese existenzielle Frage an den Laien versuchte nun Prof. Flintrop namens des Laien eine besondere, der jeweiligen menschlichen und heilsgeschichtlichen Situation als seiner Situation entsprechende Antwort zu geben.

Drei verschiedene Aufgabenbereiche stellen dabei ihre Forderungen an das Apostolat und an eine ihm entsprechende Befähigung. Apostolat als Dienst *in* der Kirche, an der Auferbauung des mystischen Leibes Christi, ist ohne echte und intensive Einübung in ein wirklich geistliches Leben aus den Kraftquellen von Wort und Sakrament und in engster Verbindung mit dem inneren Leben der Kirche einfach nicht existent. Dienst an der Welt, an ihrem Heil als Glied der Kirche, ist ohne eine übernatürlich begründete und großherzig entfaltete christliche Weltbejahung, ohne Solidarität und Einsatz kaum möglich und weitgehend wirkungslos. Dienst *für* die Kirche in dieser Welt, in ihrem Auftrage aber verlangt eine sehr spezifische Spiritualität des Apostolates. Ohne freie Gehorsamsbindung an das Amt und seinen Auftrag, ohne mündige Übernahme von Verantwortung an und in dieser Welt und ohne echte Askese in der Welt — ohne diese drei

Haltungen wird das Apostolat immer von der Gefahr zu Fehlentwicklungen bedroht bleiben.

In der Betonung einer notwendigen Vorleistung an Vertrauen seitens des Amtes gegenüber der Mitarbeit der Laien als *der* Vorbedingung für eine Gestaltwerdung der Kirche auch in dieser unserer Welt, in und durch jeden Christen, schloß sich zugleich der Ring der Referate zum ersten Vortrag hin.

Die Arbeitskreise

Der ganze Umkreis dieses Gedankenganges wurde noch einmal in zwölf Arbeitskreisen von je 10—15 Teilnehmern mit Variationen abgesprochen. (Je drei solcher Gruppen befaßten sich mit „Aufgaben der Laien in den Pfarrausschüssen“ sowie dem Thema „Die Welt von heute und das Apostolat der Laien“; zwei standen unter dem Thema „Zusammenwirken von Amt und Volk“; je eine Gruppe untersuchte Möglichkeiten der „Apostolaterziehung in der Pfarrgemeinde“, „... in der Familie“, „... in den katholischen Organisationen“ sowie das Problem der „Laienfrömmigkeit — Heiligkeit im Alltag“.) Alle Gruppen sollten in je drei Zusammenkünften die drei Referate unter ihrem jeweiligen Gesichtspunkt erarbeiten. Es wurde dabei ein Versuch von Gruppenarbeit in kleinem Kreise gemacht, um die psychologischen Hindernisse für eine Aussprache weitgehend auszuräumen, eine unbefangene Meinungsäußerung zu erleichtern, eine selbständige und verbindliche Erarbeitung des Gedankenguts zu fördern und möglichst viel Erfahrungen und Anregungen zusammenzutragen. Den Gruppen stand Arbeitsmaterial für die Diskussion (Thesen und Fragen) zur Verfügung; die Teilnahme an den Gruppen erfolgte nach eigener Wahl. Die Ergebnisse wurden in die Zusammenfassung des letzten Tages aufgenommen. Auf ihre nach Inhalt und Umfang sehr unterschiedlichen Ergebnisse soll noch eingegangen werden.

Ergebnisse

Wenn es erlaubt ist, schon nach dem zweiten Versuch solch eines „Gesprächs“ zwischen Amt und Kirchenvolk eine Bewertung zu wagen, werden sich — mit Einschränkung — gewisse deutliche Ansätze für einen Re-Integrationsprozeß in der Kirche auch von dieser Tagung ablesen lassen. Das gilt nicht zuletzt für die Arbeitsergebnisse und Anregungen der einzelnen Arbeitsgruppen, wenn sie auch hier nur allgemein und in ihren Tendenzen einbezogen werden können.

Der dialektische Prozeß innerkirchlicher Auseinandersetzungen und Scheidungen dürfte sich einer Phase der Re-Integration langsam zuwenden und Raum geben für neue Formen einer existenziellen, wenn auch hierarchisch gestuften *Partnerschaft* zwischen Amt und Volk. Jeder Abbau einer häufig unerträglichen Inanspruchnahme des Klerus für Aufgaben, die ihm nicht wesensgemäß sind, sowie einer Entmündigung und der daraus erwachsenden Interesselosigkeit des Kirchenvolks ist ein Schritt auf diesem Wege. Unbestreitbar war diese Arbeitstagung selbst schon ein Symbol, wenn dort „Priester und Laien um den Vater der Diözese sich scharten, um mit ihm gemeinsam die gemeinsamen Sorgen und Nöte wirklich zu bedenken“, und war diese Initiative des Bischofs selbst eine vielleicht beispielgebende Vorschußleistung an Vertrauen der Mitarbeit den Laien gegenüber. Und wurde nicht ein spontanes Echo laut von seiten des Kirchen-

volkes in all jenen Anregungen der Arbeitskreise, die auf eine wesenhafte Teilnahme an den drei Ämtern der Kirche für den Laien zielten, weit über die rein instrumentale Funktion hinaus! Besonders symptomatisch sind hier wohl die Wünsche nach tätiger Anteilnahme an der Liturgie, aber auch die nicht weniger intensiven Anregungen für die Entfaltung eines verantwortlichen Apostolats des Laien in der Welt. Häufig nur als Emanzipationstendenzen gedeutet, drücken sie nicht minder den tiefen Drang aus, nun tatsächlich *als Kirche* im eigenen Lebensraum wirken zu können: so die „Seelsorge“ von Vater und Mutter in der eigenen Familie.

Eine solche Verbreiterung der Basis des Apostolats — aus dem Wesen der Kirche hervorgehend — muß notwendig immer mehr Raum gewinnen im Bewußtsein aller Glieder der Kirche wie auch in der kirchlichen Praxis selbst.

In der freiwilligen Anwesenheit der rund 700 Teilnehmer — auch unter persönlichen Opfern an Urlaub und Arbeitslohn — spiegelte sich gewiß schon eine nicht geringe Einsatzbereitschaft weiter Laienkreise. Die Auslese für die Einladung durch Benennung von Männern und Frauen aus allen Dekanaten, ohne Rücksicht auf eine besondere kirchliche Funktion oder Verbandszugehörigkeit, sollte dabei auch den freien Kräften einen entsprechenden Raum geben. Ein wirklich umfassendes wie zutiefst begründetes Verantwortungsbewußtsein für die Sendung der Kirche — in der Welt wie für das innere Wachstum der Kirche selbst — konzentriert sich jedoch vor allem dort, wo diese innere Einheit der beiden Aspekte des Apostolats als übernatürliche Wirklichkeit verstanden wird. Besonders im Pfarrausschuß, dessen Aufbau und Wirkmöglichkeiten Diskussionsthema erster Ordnung war, wird dieser Doppelaspekt des Laienapostolats neu legitimiert und sozusagen institutionalisiert. Wie sich auf das deutlichste schon abzeichnen beginnt — nicht zuletzt in der erstaunlichen Fülle von lebendigen und maßvollen Anregungen für die Erneuerung des Gemeindelebens, den Aufbau der Familienseelsorge und Familienarbeit wie der verantwortlichen Gestaltung der Caritas- und Erwachsenenbildungsarbeit —, könnte so gerade die Pfarrei der entscheidende und fruchtbarste Träger der Sendung der Kirche in unserer Zeit wie Schwerpunkt ihrer inneren Einheit werden.

Für die Strahlkraft des Apostolats der Kirche in diese Welt — und dies ist wohl nicht das unwesentlichste geistige Ergebnis der Tagung — wird immer die apostolische Hingabe des einzelnen Christen an den missionarischen Auftrag der Kirche, sein persönlicher sachgemäßer Einsatz im gegebenen Raum entscheidend sein und bleiben. Wie stark diese Erkenntnis im allgemeinen Bewußtsein lebendig ist, spiegelt sich allein schon in den auffällig oft und dringend angemeldeten Anliegen einer Befähigung des Laien durch echte religiöse Formung zum fruchtbaren missionarischen Kontakt im religiösen Gespräch, wie es als ein Hauptmittel für das Milieuapostolat gefordert wurde. Aber auch der repräsentative und verpflichtende Einsatz der Katholiken in den neutralen Institutionen und Organen des politischen, kulturellen wie vor allem des sozialen Wirkens wird als echtes und zeitgemäßes Apostolat empfunden.

Diesem entscheidenden persönlichen Einsatz gegenüber werden alle Chancen und Bedingungen apostolischen Wirkens in der Welt wie die ganz unterschiedlich zu bewertenden Institutionen immer den Charakter von bloßem Anlaß und Mittel behalten, denen, wie Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger in seiner Schlußansprache selbst für die Pfarr-

ausschüsse betonte, der apostolische Eros erst und der jeweils zeitgemäße Gebrauch allein Geist und Leben einzuhauchen vermag. Mut zu den realen Voraussetzungen, geduldige Einübung und spontaner selbstloser Einsatz werden allein ein Wachstum des Gesäten erbringen.

Una Sancta mit den Juden?

Die Tagung, die vom 5.—8. April 1957 über dieses Thema vom Katholischen Bildungswerk Berlin und der dortigen Evangelischen Akademie gemeinsam veranstaltet wurde, war vom Leiter der letzteren, Dr. Erich Müller-Gangloff, mit der treffenden Feststellung eingeführt worden, „daß sich im deutschen Protestantismus, der sich mit einer gewissen Vorliebe aus Anti-Positionen versteht, die sogenannten ‚katholisierenden‘ und die ‚judaisierenden‘ Tendenzen je gegenseitig ausschließen: wer sich um Israel bemüht, will wenig oder nichts mit der römischen Kirche zu schaffen haben. Und wer die alte Feindschaft mit Rom überwinden helfen möchte, hat meist mit Israel wenig im Sinn.“ Dementgegen könne man „das Schisma in der Kirche Jesu Christi wahrscheinlich nicht einmal im Ansatz begreifen, wenn man die Spaltung von Juden- und Christenheit nicht als das Ur-Schisma des Gottesvolkes versteht“ (womit der neutestamentliche, nicht der spätere kirchenrechtlich verengte Begriff des „Schisma“ verwendet wird). „Und es kann umgekehrt kein Bemühen um Ökumene und um einen neuen und weiteren Begriff der Katholizität der Kirche geben, wenn es das Bemühen um Israel nicht einschließt und mitumfaßt.“

Die Hauptfrage

Es ist zu begrüßen, daß im Unterschied von sämtlichen bisherigen öffentlichen christlich-jüdischen Begegnungen der zweiten Nachkriegszeit endlich einmal wieder die Hauptfrage ausdrücklich erörtert wurde, die zwischen Christen und Juden steht: „Was dünkt euch um den Christus“, um jenen Jesus von Nazareth, welcher der Juden König und Herr zu sein beansprucht hat?

So stellte der Leiter des Katholischen Bildungswerks, Pfarrer Karlfriedrich Förster, gleich an den Anfang der Tagung „Jesus Christus als Frage der Christen an die Juden“ aus den genau dahin zielenden Texten der Liturgie des Samstags vor dem Passionssonntag heraus, in denen der unüberhörbare Ernst dieser Frage genau so deutlich wird aus dem Evangelium (Joh. 8, 12—20) wie die unumstößliche Verheißung für das alte Bundesvolk aus der Propheten-Lesung (Is. 49, 8—15).

Am zweiten Tag erläuterte der israelische Rabbiner Abir die Antwort des Judentums pharisäischer Observanz, indem er jenen Text aus dem Deuteronomium in den Mittelpunkt stellte (13, 1—5), wonach es Israel geboten ward, selbst den Wundertäter, dessen Weissagungen einträfen, wenn er die ungeteilte Liebe zu dem einzigen Gott schmälere, als „falschen Propheten“ hinzurichten; als solch einer, der sich selbst verkündigt, statt nur Gott zu bezeugen, sei Jesus von den zeitgenössischen Autoritäten aufgefaßt worden; es sei an der Christenheit zu erweisen, ob sie durch ihren Propheten nun doch auf den Weg der vollkommenen Gottes- und Nächstenliebe geführt worden sei, so daß man noch immer wie Micha ben Jimla (1 Kön. 22, 28) — und Gamaliel I. (Apg. 5, 38 f.), ergänzt der Christ — auf den Fort- und Ausgang des noch kaum zwei Gottestage von tausend Jahren dauernden Vorgangs

der Evangeliumsverkündigung warten müsse, um Gottes letztes Wort dazu wirklich vernehmen zu können.

Hier knüpfte am dritten Tage der Studienleiter der Akademie, Prof. Gerhard Koch, Greifswald, an, indem er über „Jesus Christus als Frage der Juden an die Christen“ sprach und diesen vorwarf, durch ihre Art der Christusverehrung den Juden (nicht nur moralisch) ihren Messias Jesus zu verdecken, indem sie den Auferstandenen als „puren Gott“ mißdeuten, sein „Erscheinen“ mit dem Konstatierenlassen eines Faktums verwechseln und aus der geschichtlichen „Ereignung“ in dieser Welt zur gnostizistischen Religionsphilosophie von jener flüchten würden. — Katholischerseits wurde hierauf erwidert, daß man sich des Sinnes der Nägele gerade auch am Leibe des Auferstandenen als Zeugnisse seiner ewigen Menschheit und Geschichtlichkeit durchaus bewußt sein könne (Bloy: „Leiden vergeht, niemals vergeht: Gelittenhaben!“), ohne darum an der Faktizität seiner Auferstehung deuteln oder sich die Befunde von Seinsvoraussetzungen göttlichen Handelns und „Ereignens“ verbieten zu lassen. Wo griechischer Gnostizismus und schließlich auch lutherische Weltverzweiflung aus der Geschichte flüchteten, hat gerade die Petruskirche am jüdischen „Engagiertsein“ in dieser Welt durch Gottes Gesetz unerschütterlich festgehalten. — Auch ein Abendgespräch über Abraham ergab gegenüber protestantisch einseitiger Betonung nur seines Gotterwähltseins katholisch-jüdisch gemeinsame Sicht seines eignen „Mitwirkens mit der Gnade“.

„Seine Völker“ (Apk. 21, 3)

Neben der Frage nach dem Christus bildete die nach dem Gottes-Volk den zweiten Schwerpunkt der Tagung. Soweit es sich dabei um Israel im engeren Sinn handelt, wurden die beiden Pole herausgearbeitet, die seine Berufung zu Gottes Priestervolk mit sich bringt: „Das Ärgernis der Erwählung“ einerseits, das eine biblische Betrachtung von Dr. Karl Würzburger als verborgene Wurzel jedes Antisemitismus enthüllte. Als auch nach innen gewendetes Ärgernis an der scheinbar äußersten Gottverlassenheit kam es in der erschütternden „Warschauer Ghetto“-Dichtung von Zvi Kolitz zum Ausdruck. „Jossel Rackower spricht zu Gott“, welche von der Übersetzerin aus dem Jiddischen, Frau Anna Maria Jökl, vollständig vorgetragen wurde. (Auszugsweise ist sie unter dem Titel „Aus dem brennenden Ghetto“ in „Stimmen der Zeit“, Dezember 1956, veröffentlicht worden, irrtümlich allerdings als Originaldokument.) Andererseits wurde auch etwas vom Mysterium der „nie verlassenen Stadt“ (Is. 62, 12) deutlich, als der Göttinger Alttestamentler Prof. Walter Zimmerli durchaus nüchtern und gerade so dennoch bewegend über den Zionismus und „Das neue Israel“ sprach, worin sich wieder — wie schon einmal vor zweieinhalbtausend Jahren — jüdische Heimkehrer aus dem Exil zu sammeln begonnen haben, ohne daß deshalb — heute wie damals — die Diasporasituation für die Mehrheit des Volkes aufhören würde, so daß die Frage, die es an uns stellt, durch den neuen Staat nicht gelöst, nur brennender geworden ist. Von den sukzessiven Aspekten dieser Frage beleuchtete einige wesentliche der Berliner Neutestamentler Prof. Günther Harder in seinem Vortrag: „Synagoge und Ekklesia — Trennung und Begegnung“. Treffend betonte er, daß die eigentliche Trennung — laut der Apostelgeschichte — noch nicht durch das inner-synagogale Auferstehungszeugnis der Urapostel, sondern

erst durch die gleichberechtigte Zulassung unbeschnittener Heidenchristen zum erneuerten Gottesvolk der Kirche Christi, also durch das sogenannte Apostelkonzil, aufgelöst worden ist. Vom Barnabasbrief an habe dann auch das paulinisch apostolische Ringen der Kirche um die Synagoge dem überheblichen Vorgehen ihrer totalen Verworfenheit von vornherein Platz gemacht — um erst in unsern Tagen wieder aufgenommen zu werden.

Ohne zu bestreiten, daß solche Überheblichkeit sehr häufig an die Stelle der geziemenden heidenchristlichen Demut eines guten Paulusschülers wie Lukas (5, 39; 15, 31 gemäß Röm. 11, 17 ff.) oder des brüderlich prophetischen Zorns der Apostel und Evangelisten jüdischer Herkunft getreten ist, zeigte Prof. Karl Thieme, Germersheim (Universität Mainz), in seinem Vortrag über das Thema „Völker Gottes oder Gottes Volk?“, daß im geschriebenen und überlieferten Gotteswort daneben doch stets eine auch vom Barnabasbrief nicht dementierte, sondern ausdrücklich bestätigte Anerkennung der Unumstößlichkeit von Alt-Israels Erwählung, also letztlich Wiedervereinigung der Synagoge mit der Kirche vor dem Antlitz des zum Gericht erscheinenden Herrn ihrer beider vernommen wurde (wie es des Vortragenden einschlägiger Aufsatz in „Catholica“ XI, 1 näher ausführt). Unter entschiedener Verwerfung der bis vor kurzem noch so beliebten „Branch-Theorie“ (Petrus-, Paulus- und Johanneskirche oder dgl.) wurden hier das ursprüngliche, des verheißenen, wenn auch zunächst durch Messias Jesus Ablehnung verscherzten Erbes gewisse Gottesvolk der Juden, das zwischenzeitlich allein rechtmäßige und sichtbare Gotteskönigtum durch den römischen vicarius Christi und die endzeitlich auch unter allen jetzt durch ignorantia invincibilis an dessen Anerkennung noch verhinderten Gottesvölkergruppen aus aller Welt (Is. 19, 25!) in vier Thesen einander gegenübergestellt, die wohl als brauchbare Diskussionsgrundlage für eine katholische Standortbestimmung der wechselseitigen Positionen annehmbar sein mögen und so als Zeugnis des jetzigen status questionis zum Thema „Una Sancta mit den Juden?“ hier stehen sollen:

*Vier Thesen zu der Frage: Völker Gottes
oder „Gottes Volk“?*

1. Das neutestamentliche Gotteswort (Verbum Dei scriptum et traditum) harmoniert mit dem alttestamentlichen wie überall so auch darin, daß es die göttliche Erwählung Israels, d. h. der Juden, unter den Völkern für unumstößlich erklärt, so daß die erst später zur *einen* Herde unter dem *einen* göttlichen Hirten hinzubgerufenen Heiden (Joh. 10, 16) mit jenen zusammen ein „Volk aus Völkern“ zu bilden bestimmt sind, ohne in ein uniformes Einheitsvolk zu verschmelzen.
2. Damit ist die rein innergeschichtlich unaufhebbare, erst eschatologisch durch den wiederkehrenden Herrn zu überwindende Spannung nicht geleugnet, die zwischen dem uneinschränkbar Anspruch der Petruskirche auf ausschließliche Legitimität und Wahrheit ihrer traditionsgemäßen Autorität und Lehre auf der einen Seite, jeder widersprechenden Verkündigung auf der anderen besteht, insofern diese Römische Kirche sich selbst als die allein rechtmäßige Form der sichtbaren Repräsentation des Gotteskönigtums auf Erden in der Zeit zwischen Christi Himmelfahrt und Parusie verstehen muß.
3. Unabhängig davon bleibt Gottes Geist frei, (a) auch durch den Protest oder Widerstand zu wirken, den jedes

Erliegen der auf ihrer respektiven Legitimität bestehenden und das menschliche Wirken betonenden Gemeinschaften — Juden und Katholiken — gegenüber der ihnen eigentümlichen Versuchung zu falscher Sicherheit und Eigenmächtigkeit herausfordert, und (b) auch unter den Nichtangehörigen jener Gemeinschaften, „zerstreute Kinder“ zu sammeln, die beim Jüngsten Gericht als Angehörige Seines Volkes offenbar werden.

4. „Una Sancta“-Arbeit in Gehorsam gegen die ganze göttliche Offenbarung setzt voraus, daß wir jeden dieser drei Aspekte in seiner Art ernstnehmen — unabhängig davon, wie weit wir den aus ihnen gezogenen Konsequenzen noch widersprechen müssen, daß wir einander also — ganz ohne Preisgabe unserer eignen Sicht — als die potentiellen Bürger jenes ewigen Jerusalem gelten lassen, von denen gesagt ist: Sie werden Seine Völker sein, und Er selbst wird „Gott mit ihnen“ sein (Apk. 21, 3; vgl. Ez. 37, 27; Lev. 26, 12; Is. 7, 14; 8, 8. 10; 19, 24 f.).

Aus Rom, Süd- und Westeuropa

**Der Papst an die
Internationale
Handelskammer**

Am 4. Mai 1957 empfing der Heilige Vater eine Anzahl von Delegierten des 16. Kongresses der Internationalen

Handelskammer, die vor der Eröffnung dieses Kongresses in Neapel in Rom zusammengekommen waren. Der Heilige Vater hielt eine kurze Ansprache an sie, zu deren Beginn er die Tätigkeit der Internationalen Handelskammer und ihren Beitrag für das Verständnis der Völker untereinander würdigte. Er führte dann aus:

Die Absicht, sich über die gegenseitigen internationalen wirtschaftlichen Beziehungen in der richtigen Weise Rechenschaft zu geben, erfordert eine ganze Reihe von Untersuchungen, die nicht nur die Regierenden, sondern ebenso die öffentliche Meinung über die Vorteile oder die Gefahren bestimmter geplanter oder schon auf dem Wege der Verwirklichung befindlicher Maßnahmen aufzuklären hat. Ihre außergewöhnlichen Informationsmöglichkeiten setzen Sie instand, auf sehr hoher Ebene bei der Ausarbeitung internationaler Übereinkünfte mitzuarbeiten. Dabei bemühen Sie sich immer, sich über alle partikularistischen Tendenzen des internationalen Wirtschaftslebens zu erheben.

Das ist eine sehr wohlthätige Tätigkeit, denn in Ihrer beständigen Auseinandersetzung mit den herrschenden nationalen Regimes zwingen Sie diese, die Notwendigkeit zu berücksichtigen, sich allmählich und ohne übermäßige Verzögerung größeren Zusammenschlüssen zu öffnen, außerhalb derer die zu beschränkten Einheiten sich früher oder später nicht in der Lage sehen würden, ihren rechtmäßigen Anteil an Autonomie zu bewahren. Die realistischen Ziele, die Sie verfolgen, lassen nicht zu, daß Sie die menschlichen Probleme aus dem Auge verlieren, die aus der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung entstehen. Die Ausübung der individuellen Freiheiten auf dem Gebiete der Handelskonkurrenz bildet einen fruchtbaren Antrieb für alle; aber die Erfahrung hat oft gezeigt, daß sie manchmal in heftige Kämpfe um die Eroberung neuer Märkte ausartet. Wie sollte man da nicht die strenge Mahnung des göttlichen Meisters ins Gedächtnis rufen: „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne, aber Schaden litte an seiner Seele?“ (Matth. 16, 26.) Der persönliche Schaden, so unheilbar er

sein könnte, wäre aber nur ein unvollständiges Bild des Übels, das durch ein Gewinnstreben verursacht würde, das sich leicht in einen Wirtschaftskrieg verwandeln könnte, der verhängnisvolle Zerstörungen mit der sich natürlicherweise einstellenden traurigen Folge der Unordnung in Familie und Gesellschaft nach sich ziehen würde. Glücklicherweise ist die Zeit des schrankenlosen wirtschaftlichen Liberalismus vorüber, und es ist vielmehr die entgegengesetzte Übertreibung, die man heute allgemein bedauern muß. So darf man sich freuen, wenn man sieht, wie solche Publikationen wie die Ihrigen, die auf objektiven und klaren Untersuchungen beruhen, ein helles Licht auf die zahlreichen Probleme werfen, die zunächst auf dem Gebiet der Finanzen, aber auch auf dem Gebiet der Verteilung, des Verkehrswesens, der Publizität und des internationalen Rechtes durch die heutige Weltwirtschaft gestellt werden.

Vor allem bemühen Sie sich, eine von parteipolitischen Erwägungen unabhängige, vernünftige Lösung für die Förderung des wirtschaftlichen Fortschrittes und des umfassenden Gemeinwohles innerhalb des Rahmens einer aufrichtigen internationalen Solidarität vorzuschlagen. Wir freuen Uns besonders darüber, daß die unterentwickelten Nationen aus Ihren Erwägungen nicht ausgeschlossen sind, sondern daß Sie sich im Gegenteil bemühen, sie aus Ihren Studien und aus Ihrer Tätigkeit Nutzen ziehen zu lassen. In dieser Suche nach einer weisen Verbesserung und nach einem beweglichen Gleichgewicht, das offen ist für jede Mitarbeit und für die neuen Gegebenheiten, sehen Wir mit Ihnen eines der festesten Unterpfeiler eines sicheren Friedens zwischen den großen Wirtschaftsmächten, und Wir sprechen Ihnen die aufrichtigsten Wünsche für eine glückliche Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen in der Welt aus, zu der Sie mit Sachverständnis und Selbstlosigkeit viel beigetragen haben . . .

Der Papst über die Atomdrohung Am 14. April empfing der Heilige Vater den Sonderbeauftragten des japanischen Ministerpräsidenten Nobusuke Kishi, Prof. Masatoshi Matsushita, in Privataudienz und überreichte ihm folgende Note zur Frage der nuklearen Waffen:

„Die wachsende Beherrschung der gewaltigen Naturkräfte durch den Menschen läßt neue und inständige Motive der Sorge erstehen. In der Tat, die zerstörende Gewalt der Atomwaffen ist unbegrenzt geworden, nicht mehr gebremst durch die ‚kritische Masse‘, die der schon schrecklichen Gewalt der ursprünglichen Atomwaffen eine natürliche Grenze setzte. Jetzt wird diese unbegrenzte Macht als Drohung gebraucht, die, von einem Feld auf das andere geschoben, immer katastrophaler wird; denn jeder sucht den anderen zu übertreffen durch die wachsenden und leider tatsächlichen Schrecken, die einem dadurch eingejagt werden. Wenn es sich um Naturkatastrophen handelt, muß man vor dem, was durch den Willen des Allmächtigen geschieht, sein Haupt neigen. Aber wenn sich eine Katastrophe durch den perversen Herrscherwillen eines Menschen ereignen sollte, dann muß ein solcher Akt von jedem rechtdenkenden Menschen getadelt und verurteilt werden. Anstelle der unnützen Verschwendung wissenschaftlicher Tätigkeit und Arbeit und materieller Mittel zur Vorbereitung einer solchen Katastrophe, deren unmittelbare ungeheure Schäden und letzte biologische Wirkungen auf lebende

Wesen niemand voraussagen kann, anstelle dieses schrecklichen und kostenreichen Laufs zum Tode hin müssen die Verantwortungsbewußten aller Nationen und jeden Glaubens die schwere moralische Verpflichtung verspüren, weiterhin das edle Ziel zu verfolgen, diese Energien im Dienste des Menschen zu beherrschen. Die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, industriellen und auch politischen Vereinigungen müßten mit ihrer ganzen Macht alle Anstrengungen unterstützen, die auf die Nutzung dieser Energien zugunsten der moralischen Bedürfnisse hinführen.“

Der Papst über die Pflicht des Christen zum Apostolat Der Heilige Vater hat am 11. April 1957 eine Gruppe von Marienkindern des Instituts Trinità dei Monti, in der

auch Angehörige dieser Vereinigung aus Frankreich, Kuba und Spanien vertreten waren, empfangen und zu ihnen über die Bedeutung des Apostolates in unserer Zeit gesprochen. Nachdem er sie zuerst in ihrer Tätigkeit in den traditionellen Werken der Barmherzigkeit bestärkt hatte, lobte er sie dann besonders für ihre Bemühungen um die Katechese und für ihre Tätigkeit in der Katholischen Aktion, die angesichts des wachsenden Priestermangels immer größere Bedeutung bekomme. Er sagte dazu:

Wir rufen alle Menschen guten Willens auf und fordern von allen Gläubigen, sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt zu werden. Dort, wohin der Priester nur selten oder nur flüchtig kommen kann oder dort, wohin er überhaupt nicht dringt, sind es die Gläubigen, die in irgendeiner Weise die Kirche repräsentieren. Ihre Urteile, ihre Haltungen, ihre Entscheidungen tragen nicht ohne Grund dazu bei, ob man sie richtig oder falsch beurteilt. Hat Jesus nicht erklärt: „Ein guter Baum kann keine schlechten Früchte tragen . . . Nicht wer zu mir sagt: Herr Herr, wird in das Himmelreich eingehen, sondern der, der den Willen meines Vaters tut, der im Himmel ist“ (Matth. 7, 18 u. 21). Nun ist es aber der Wille Gottes unseres Erlösers, daß alle Menschen gerettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit gelangen (vgl. 1 Tim. 2, 4). Am großen Werke der Errettung der Welt muß jeder Christ mitarbeiten, mindestens durch das gute Beispiel der Tugenden, die aus ihm eine Leuchte machen, die die Finsternis des Bösen vertreibt, einen Sauerteig, der den Stoff durchdringt, ein Salz, das den Geschmack an den geistlichen Wirklichkeiten bewahrt. Aber indem er an einer gemeinsamen, methodischen und erleuchteten Bemühung teilnimmt, kann er auch das Denken seines ganzen Lebenskreises ändern, die Lebens- und Handlungsweise beeinflussen, die institutionelle Reform bewirken, so daß nicht nur die Einzelnen, sondern die Gesellschaft selber zu dem wird, was sie nach den Prinzipien der christlichen Sozialen Ordnung und Sittenlehre werden soll. Die Aufgabe der Katholischen Aktion ist dringender und wichtiger als jemals. Denn der Feind der menschlichen Natur wirbt immer zahlreichere und kampfbereitere Jünger an, um die Gesetze des Stoffes über die des Geistes obsiegen zu lassen. Jeder eifrige Christ muß mit dem Apostel sagen: „Die Liebe Christi beherrscht uns, die wir dies glauben: einer ist für alle gestorben, also sind sie alle gestorben. Er ist aber für alle gestorben, damit die Lebenden nicht mehr sich selbst leben, sondern dem, der für sie gestorben und auferstanden ist“ (2 Kor. 5, 14—15). Aus dem Herzen Jesu müßt ihr den Seeleneifer und den Geist des Opfers schöpfen, der der Prüfstein alles dessen ist.

Brief Msgr. Dell'Acquas an die Internationalen katholischen Organisationen (OIC) Aus Anlaß der Vollversammlung der Konferenz der Internationalen katholischen Organisationen (OIC), die am 8. April 1957 in Brügge stattfand, hat der Heilige Vater durch den Substituten der Staatssekretarie, Monsignore Dell'Acqua, das folgende Schreiben an den Präsidenten der Konferenz richten lassen:

Die Vollversammlung der Konferenz der Internationalen katholischen Organisationen bietet dem Heiligen Vater jedes Jahr eine von ihm gerne ergriffene Gelegenheit, denjenigen seiner Söhne zu danken, die sich diesen verschiedenen Organisationen widmen, sie zu ihrem fruchtbaren Wirken und zu ihrer brüderlichen Zusammenarbeit zu beglückwünschen und endlich väterliche Worte der Ermutigung an sie zu richten.

Das Programm der nächsten Versammlung in Brügge hat außerdem die wohlwollende Aufmerksamkeit Seiner Heiligkeit erregt, der unter den verschiedenen dort angeschnittenen Punkten besonders den der Bildung der Katholiken für das internationale Leben hervorheben möchte. Dieses Thema wurde, wie Sie näher erklärt haben, als Beitrag der Konferenz zum zweiten Weltkongreß des Laienapostolates gewählt, der im nächsten Oktober in Rom stattfinden wird. Man kann diese Initiative nur begrüßen und wünschen, daß sich in der Zukunft die herzlichen Beziehungen der Zusammenarbeit, die diese beiden auf das so wichtige Anliegen der Gegenwärtigkeit und des Apostolats der Katholiken in der Welt ausgerichteten Organisationen miteinander verbindet, immer mehr in den am vorteilhaftesten erscheinenden Formen verstärken. Gott sei Dank gibt es schon in fast allen Ländern christliche Laien, denen die Erfahrung aus zahlreichen internationalen Kontakten gezeigt hat, welche neuen Dimensionen sich ihrer Tätigkeit darbieten und welchen Anteil sie an den gemeinsamen Aufgaben der Eintracht, des Studiums, der gegenseitigen Hilfe, die sich heute aufdrängen, nehmen müssen. Aber die Mitglieder der Konferenz wollen diese Überzeugung einer noch größeren Zahl einprägen, und der Heilige Vater, der so sehr mit Problemen des internationalen Lebens beschäftigt ist, weiß ihnen Dank für dieses Bemühen, mit den ihnen eigenen Mitteln eine bessere Bildung der Katholiken in dieser Hinsicht zu fördern.

Die sicherste Grundlage für diese Bildung ist der Gehorsam der Christen gegen die Forderungen ihres Glaubens. Ist der Gläubige nicht durch die Taufe Glied einer Gemeinschaft geworden, die weder Grenzen im Raume noch in der Zeit kennt? Im Einklang mit dem Rhythmus des kirchlichen Lebens, vor allem dem Jahreslauf der Liturgie und dem Fortschritt der Verkündigung, lebt er in Einheit mit Tausenden von Brüdern: Die heilige Therese vom Kinde Jesu, die in ihrem Kloster sich für einen Missionar aufopferte, hatte eine hervorragende katholische Seele. Nach den Worten Seiner Heiligkeit ist es also richtig, so viel geistliche Reichtümer wie möglich in den Dienst der internationalen Zusammenarbeit zu stellen: „Die Zugehörigkeit zu der einen heiligen katholischen Kirche Christi, in der alle Gläubigen dasselbe Bürgerrecht haben; der eine Glaube, der sie alle eins macht . . . ; der eine Tisch des Herrn . . . ; der eine Heilige Geist . . . ; das eine sichtbare Haupt der katholischen Kirche, das alle seine Söhne mit derselben Liebe umfängt: Alles das stellt nach seinem Wesen und nach der Erfahrung der Welt das mächtigste Mittel dar, die Schäden des Krieges zu heilen und die

Völker zu versöhnen und zu befriedigen“ (AAS Bd. 34, S. 142). Ein solcher Beitrag der Katholiken zum internationalen Leben ist wichtiger und wirksamer, als man es im allgemeinen glaubt. Dort, wo der Imperativ der wirtschaftlichen Argumente, der Zwang der Technik und ein kalter Materialismus herrschen, soll das Licht und die Wärme der Liebe eingeführt werden. Den neuen Institutionen muß eine Seele gegeben werden, und die Grundsätze der Moral müssen die komplizierten Beziehungen beherrschen, die sich in der heutigen Welt bilden. Es handelt sich für die Katholiken, wie es der Heilige Vater so oft wiederholt hat, darum, eine Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses zu fördern, dessen grundlegende Elemente die gegenseitige Achtung, die Loyalität, die dem anderen dieselben Rechte zuerkennt, die man für sich selber verlangt, und dasselbe Wohlwollen gegen die Menschen anderer Nationen wie gegen die eigenen Brüder und Schwestern bilden (Radioansprachen Bd. 14, S. 57). Es handelt sich mit einem Wort darum, in der Gemeinschaft der Völker den Geist der Liebe zu verbreiten, denn „die Liebe ist gütig . . . sie sucht nicht das Ihre . . . sie hält Böses nicht nach . . . sie freut sich nicht am Unrecht, sondern hat ihre Freude in der Wahrheit“ (1 Kor. 13, 4—6). So sind also alle Christen, auch die, die ihren Beruf oder ihr Apostolat in ihrem gewöhnlichen Lebenskreis auszuüben haben, dazu eingeladen, sich diesen größeren Perspektiven zu öffnen und ihrerseits zur Herstellung von mehr Gerechtigkeit und Liebe beizutragen. Man muß alle mit dem bekannt machen, was die Katholiken tun, die auf internationaler Ebene arbeiten, mit dem, was sie selber tun können, um deren Tätigkeit zu unterstützen, was die Kirche von ihren Söhnen in einer Welt verlangt, deren gegenseitige Beziehungen immer enger werden, ohne jedoch gleichzeitig immer menschlicher zu werden. Jede der internationalen katholischen Organisationen möge sich in ihrem Bereich dieser Aufgabe der Bildung und Belehrung zuwenden.

Aber es geht noch um mehr. Es erscheint höchst wünschenswert, daß sich eine wachsende Anzahl von Katholiken persönlich den vielfältigen Tätigkeiten mit internationaler Tragweite zuwenden, die heute von den Menschen guten Willens verlangt werden. Ganze Länder bedürfen zum Beispiel der brüderlichen und selbstlosen Mitarbeit von Fachleuten und Technikern. Mögen die Katholiken also willig bei diesen großen Werken mitarbeiten. Sie können ihnen durch ihre berufliche Tüchtigkeit in Verbindung mit ihrem christlichen Geist unersetzbare Dienste leisten, und so kann mit ihrer Hilfe das christliche Denken und die christliche Sittenlehre in dieser neuen Welt ein Sauerteig der Kultur werden. Indem der Heilige Vater Ihnen durch mich diese Erwägungen übermittelt, ruft er vom ganzen Herzen auf die Arbeiten der Versammlung die reichsten göttlichen Gnaden herab. Er dankt allen Mitgliedern der Konferenz und vor allem ihrem Präsidium für ihre tätige Hingabe an die katholische Sache und erteilt Ihnen als Unterpand seines Wohlwollens seinen väterlichen apostolischen Segen.

Verbot von Wort- und Bildübertragungen im Gotteshaus

Nach Meldung von NCWC-News Service hat die Ritenkongregation durch ein Dekret vom 7. März 1957, das in den Acta Apostolicae Sedis bisher noch nicht veröffentlicht ist, gewisse Anordnungen über den Gebrauch technischer Übertragungsgeräte in den

Gotteshäusern getroffen, die zum Teil frühere Verbote in Erinnerung bringen.

Das Dekret verbietet, daß Predigten oder Katechismuslektionen in der Kirche mittels eines Band- oder Radioapparates übertragen werden. Solche Übertragungen sind auch dann verboten, wenn der Pfarrer nicht in der Lage ist zu predigen und ein Vertreter nicht zur Verfügung steht.

Band- oder Schallplattenaufnahmen von religiöser Musik dürfen während liturgischer Handlungen nicht gesendet werden. Ihr Gebrauch ist gestattet beim Einüben von Gesängen, vorausgesetzt daß dieses außerhalb des liturgischen Gottesdienstes geschieht.

Insbesondere ist es verboten, die beweglichen oder festen Texte des Chorals während des Hochamts durch Übertragungen zu ersetzen, auch dann, wenn Sänger oder ein Organist nicht verfügbar sind. Auch unmittelbar vor oder nach liturgischen Gottesdiensten sind musikalische Übertragungen nicht erlaubt.

Nach gemeinem Recht sind auch fernerhin Gesänge in der Muttersprache während des Opferungsteils im Hochamt verboten. Unmittelbar vor oder nach dem Hochamt sind sie dagegen gestattet. Die abweichende Regelung des deutschen Hochamts wird dadurch nicht berührt.

Lichtbildgeräte dürfen in Kirchen nicht aufgestellt werden, auch dann nicht, wenn die Pfarrgemeinde über keinen andern Raum verfügt, und auch nicht, um katechetische Filme oder Lichtbilder während des Religionsunterrichtes in der Kirche zu zeigen.

Das Dekret erinnert auch an die Anordnungen Pius' X. über die gemischten Chöre im Motuproprio von 1903. Gemischte Chöre sollen nur bei außerordentlichen Anlässen mit Genehmigung des Ortsordinarius auftreten, und dann ist auf die Trennung der Geschlechter zu achten. Da das Dekret in dieser Sache kein neues Recht schaffen will, dürfte sich dadurch am Gewohnheitsrecht im deutschsprachigen Raum nichts ändern.

Abschaffung von Klassen in den kirchlichen Seelsorgshandlungen

Die Einbrüche in die bisherige Feudalstruktur der spanischen Gesellschaft (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 163) gehen in allen Bereichen weiter,

wobei nach wie vor die Kirche die Initiative behält. Der in sozialer Hinsicht schon mehrfach hervorgetretene Erzbischof von Valencia, Marcelino Olaechea Loizaga SDB, hat vor einiger Zeit für seine Diözese „ad experimentum“ die völlige Gleichheit aller kirchlichen Seelsorgshandlungen ohne Rücksicht auf die Höhe etwa bezahlter Gebühren eingeführt und damit ausgezeichnete Erfolge erzielt. In seinem Fastenhirtenbrief legt er unter dem Titel „Gleichheit der religiösen Dienste für alle Gläubigen“ die Motive dar, die ihn zu seinem Schritt bewogen haben:

„Alle ersten Samstage im Monat pflegen wir — entweder ich selbst oder unser hochwürdigster Herr Weihbischof — in der Basilika der ‚Mutter der Verlassenen‘ den ehelichen Bund der Armen, der Arbeiter einzusegnen. Wir haben sogar die Freude, daß wir ihnen allen einen Zuschuß für den Kostenaufwand ihres großen Tages geben können. Wie schön wäre es aber erst, wenn wir eines Tages vor der glücklichen Überraschung stünden, daß sich unter diese Brautpaare auch Reiche mit eingegliedert hätten, die es sich zur Ehre anrechnen, die anderen an ihrem Wohlstand teilnehmen zu lassen und durch ihre zarte Liebestat deren Hochzeitsfreude zu vermehren!

Wenn unsere Gesellschaft, die sich christlich nennt, nicht aus ganzem Herzen, aufrichtig und vornehm die von Christus gepredigte Brüderlichkeit praktiziert, wird Seine göttliche Gerechtigkeit die Geißel bilden, die eines Tages im Tempel mit den Ketten einer grausamen, unchristlichen, unmenschlichen Gleichheit alle sozialen Unterschiede in heiligem Zorn zerschlug: diese Gleichheit wird die Herrschaft verwandeln und die Gesellschaft einem Despoten ausliefern, der im Leben angebetet und im Tod verabscheut wird, oder einer Oligarchie von Despoten, die wiederum von anderen belauert werden.

Wir möchten euch mit allem Freimut einige Unstimmigkeiten aufzählen, von denen wir mit großem Schmerz nicht nur jetzt, sondern schon immer, und nicht nur aus Valencia, sondern von fast überall her, Kunde bekamen; Unstimmigkeiten, die wir aus allen Kirchen unserer Erzdiözese verbannen wollten.“ Der Bischof nennt nun unter Anführung der einzelnen Artikel der alten diözesanen Vorschriftensammlung die Bereiche, in denen bisher Klassenunterschiede zum Ausdruck kamen:

bezahlte Kirchenstühle;

Blumen, Kerzen und sonstiger Prachtaufwand bei den Taufen, Erstkommunionen, Hochzeiten und Beerdigungen reicher Personen;

Verkündigung von bezahlten Novenen, Triduen u. ä. („als ob es das Geld wäre, das die Gebete der Kirche auslöst“);

Vorbezug einer (je nach dem Reichtum der betreffenden Familie) mehr oder weniger großen Zahl von Priestern bei Beerdigungen („zur größeren Ehre Gottes in der Kirche werden diese Priester vielmehr an den Krankenbetten, in den Schulen, in den Gliederungen und Gruppen der Katholischen Aktion benötigt“);

Todesanzeigen, in denen der persönliche Seelsorger mit aufgeführt ist („ein Name, der immer in größtem religiösem Stillschweigen bleiben sollte“);

familiäre Hohlheit anlässlich der Erstkommunion durch Kleiderluxus, teure Geschenke und närrische Festfeiern — Ursache eines verderblichen Schadens in der Seele des Kindes.

Alle diese Dinge sind nunmehr, soweit sie der kirchlichen Jurisdiktion unterstehen, in der ganzen Erzdiözese Valencia verboten. Auch in den deutschen Diözesen haben die Bischöfe nach dem Krieg die Klassenunterschiede bei kirchlichen Feierlichkeiten (vor allem Beerdigungen) jeweils für ihre Diözese aufgehoben. Für die spanische Denkart ist die Valencianer Regelung eine Sensation, und zwar je nach Einstellung ein Skandal oder eine begeistert begrüßte „Rückkehr zu den Quellen“.

Die zivile Eheschließung in Spanien

Die zivile Eheschließung von Personen nichtkatholischen Bekenntnisses in Spanien ist seit langem ein heftig umstrittenes Problem. Die bisherige Regelung, die auch Nichtkatholiken zwang, sich zwecks Eheschließung vor einen katholischen Priester zu begeben, wurde von den Protestanten und auch von einer Reihe unterrichteter Katholiken als Verletzung der Gewissensfreiheit empfunden. Bisher wurde jeder katholisch Getaufte, auch wenn er in der Folge zum Protestantismus übergetreten war, als Katholik betrachtet und konnte sich den Vorschriften des Kanonischen Rechts nicht entziehen, die zu beachten sich der spanische Staat im Konkordat von 1953 verpflichtete. Andererseits gingen die Bestrebungen unter dem Druck der öffentlichen Weltmeinung dahin, den Ar-

tikel 6 des spanischen Grundgesetzes, betreffend die Religionsfreiheit, großzügiger auszulegen.

Am 26. Oktober 1956 veröffentlichte der spanische Staatsef eine Gesetzesverordnung, die zwischen beiden Forderungen zu vermitteln versucht. Danach können seitdem die lokalen Gerichte — im Falle von Ausländern der Konsul — die zivile Eheschließung gestatten, „wenn beide vertragsschließenden Teile beweisen, daß sie den katholischen Glauben nicht bekennen“. Sie müssen dazu entsprechende Dokumente vorlegen und ihren Wohnsitz für die zurückliegenden zwei Jahre nachweisen. Falls es sich um katholisch Getaufte handelt, muß der Richter die kirchlichen Behörden informieren, die ihrerseits innerhalb eines Monats nach etwaigen kirchlichen Ehehindernissen forschen. Falls solche vorliegen, wird der Fall der nächsten gerichtlichen Instanz überwiesen.

Zur Erläuterung dieses staatlichen Dekrets und zur praktischen Durchführung der entsprechenden Maßnahmen seitens der Ordinariate hat nunmehr der Apostolische Nuntius in Spanien, Erzbischof Ildebrando Antoniutti, am 25. März 1957 ein Schreiben an die einzelnen spanischen Bischöfe gerichtet, in dem er zunächst auf die schwerwiegende Bedeutung der Materie hinweist. Es müsse insbesondere verhindert werden, daß ein nichtkatholisches Bekenntnis nur dazu vorgetäuscht werde, um sich dem kirchlichen Eherecht zu entziehen. Das Dekret beziehe sich nicht auf lediglich indifferente, nicht praktizierende oder kirchenfeindliche Katholiken. Nötig sei vielmehr, daß dem katholischen Glauben schon vor der Absicht zur Eheschließung, „tempore non suspecto“, eindeutig abgeschworen worden sei; diese Tatsache sei von den Ordinariaten sorgfältig zu überprüfen. Gleichzeitig seien die Vertragswilligen auf die geistlichen und moralischen Folgen ihres Schrittes hinzuweisen. Nach vollzogener ziviler Eheschließung seien durch Dekret die kanonischen Strafen auszusprechen: gegenüber den Ehepartnern die Exkommunikation, gegenüber den Trauzeugen das Interdikt.

Wie KNA (9. 1. 57) kommentiert, „erweitert das neue Gesetz die offizielle Definition des Protestantent in Spanien, indem es praktisch das Recht des Abfalls vom Glauben anerkennt“. Selbstverständlich sind damit nicht die menschlichen Probleme gelöst; denn die Exkommunikation ist im katholischen Spanien nahezu gleichbedeutend mit Ausschluß aus der Gesellschaft — wie es umgekehrt ja auch noch Länder gibt, in denen Katholischsein mit gewissen Behinderungen verbunden ist. Eine solche Konsequenz unterliegt nur mehr zu einem sehr geringen Teil dem Einfluß des Staates oder der Kirche, sondern ist in der ganzen Geschichte und Gesellschaft zutiefst verankert.

Das neue Dekret hat auch die bisherige Rechtsunsicherheit bei konfessionellen Mischehen (d. h. zwischen einem offensichtlich katholischen und einem nichtkatholischen Partner) beseitigt. Wie wir seinerzeit berichteten (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 492), hat das Oberste Appellationsgericht in Madrid am 11. Juni 1954 eine Grundsatzentscheidung gefällt, wonach Mischehen nach dem spanischen bürgerlichen Recht nicht verboten und somit zulässig seien. Das Dekret vom 26. Oktober 1956 schließt die damals konstatierte Gesetzeslücke, indem es feststellt, daß eine zivile Eheschließung „nur in den Fällen“ zugelassen werden kann, daß beide Partner über das Nichtbekenntnis des katholischen Glaubens Beweis führen. Damit gelten für Mischehen wieder die kirchlichen Vorschriften des Kanonischen Rechts.

„Gebet eines Streikenden“

Die außerordentlich geschickt und modern gestaltete Wochenzeitschrift der katholischen Jugend Spaniens „Signo“ veröffentlicht in ihrer Nummer 900 vom 13. April 1957 in Fettdruck das folgende „Gebet eines Streikenden“:

„Gewinnen! Herr, das ist der einzige Gedanke, der in meinem Kopf umgeht: den Streik gewinnen! Es wäre schrecklich, vergeblich so sehr gekämpft zu haben.

Was wollen wir denn nach allem? Nichts als Gerechtigkeit! Wir wollen zu allererst ein humaneres Leben — das Leben eines Menschen und nicht eines Sklaven.

Unser Scheitern wäre der Triumph der Ungerechtigkeit, die Kotlache des Elends und — Haß. Das sind doch sonst immer die Früchte eines Streiks.

Gleich werden wir dem Unternehmer gegenüberstehen. Bei ihm steht die ganze Welt. Wir haben eine Mauer vor uns. Die Mauer der ‚betrieblichen Schwierigkeiten‘, die Mauer der gesetzlichen Bestimmungen, die gerade immer rechtzeitig da sind. Die Mauer seines ruhigen Gewissens! Umsonst werden wir ihm wieder klarzumachen versuchen, daß wir einfach nicht mehr länger warten konnten.

Wenn ich nur an diesen kalten Kopf denke, juckt es in meinen Händen — verzeih mir, o Herr —, ihm eine Tracht Prügel zu geben. Und ich habe Angst, daß diese Funken sich plötzlich entzünden. Laß uns, Herr, nicht die Ruhe verlieren, nicht schreien, nicht die Türen zuschlagen. Mach, daß wir stark bleiben.

Er wird uns anhören, höflich vielleicht, aber bestimmt kaltlächelnd. Er ist sich sicher, daß wir lieber streiken als arbeiten. Das ist das Einfachste, so meint wenigstens er. Als ob es ein Vergnügen wäre, von den Spargroschen zu leben (wenn wir welche haben), Schulden über Schulden zu machen, unseren Kindern das Brot vorzuzählen, im Syndikat zu leben, anstatt uns um Frau und Kinder und Heim zu kümmern. (Ganz nebenbei, Herr, mach, daß sie versteht, daß ich viel mehr ihren Zuspruch brauche als ihre Proteste.)

Herr, dieser Streik war nicht mehr zu umgehen. Du weißt es wohl, daß er unsere einzige Waffe ist, daß wir keinen Vorteil wollen, daß wir nur unsere Lebensbedürfnisse decken wollen. Unsere Geduld ist jetzt am Ende. Ich für mich allein hätte vielleicht noch warten können — Du mußtest ja viel mehr dulden. Aber da sind die Frau, die Kinder, die Kameraden. Ich habe schon allzuviel unwürdiges, ungerechtes Elend gesehen. Du, der Du mit Gewalt die Händler aus dem Tempel vertrieben hast, Du verstehst wohl, daß uns bisweilen die Lust ankommt, die Peitsche gegen jene zu erheben, die uns mißbrauchen.

Du weißt wohl, was unser Los sein wird, wenn wir scheitern: Entlassen, weil wir unseren Brüdern treu waren. Von der Gewalt erfaßt. Im Willen gebrochen. Von der Passivität erdrückt. Ganz zu schweigen von jenen guten Leuten, die die Ordnung lieben, die wegen des Streiks Angst bekommen und sich von uns abwenden.

Du weißt wohl, daß dieser Streik nicht scheitern darf. Daß wir mit Dir, o Herr, das Bestmögliche daraus machen müssen. Gib uns Kraft, daß wir wachsam sind und nicht nachgeben. Daß wir jene nicht verdammen, die sich gestern ‚krank‘ meldeten (ohne Dich sind wir ja alle Feiglinge). Daß wir den Gründen unseres Streiks treuer sind als dem Streik selbst. Gib Enthusiasmus und Mut denen, die schwachzuwerden beginnen.

Wir werden uns einschränken müssen, um den anderen Bedürftigen zu helfen; unsere Abneigung, unseren Haß, unsere Gewalttätigkeit zügeln; klar sehen, um die ande-

ren zu verstehen und Parteienkämpfe zu vermeiden; unseren Willen stärken, um wirksam und unauffällig unser Christentum unter Beweis zu stellen.

Wenn ich sehe, was Du, o Herr, von uns erwartest, bekomme ich Angst und möchte am liebsten nach Hause gehen. Unser Streik wird untergehen, wenn wir ihn zu unserer und nicht zu Deiner Sache machen. Wenn Du nicht unsere Aktion leitest, wie sollen wir die Worte finden, die den Ton der Liebe tragen?

Wir haben schon zu viele Schläge erfahren, als daß wir nicht flehentlich um Deine Hilfe bitten müßten. Wenn wir scheitern, werden wir geduldig den Kampf wieder aufnehmen müssen, Entmutigung und Erschöpfung in Dein Opfer einschließen und Hoffnung und Kraft aus ihm erbitten.

Auf daß Dein Reich komme! In die Welt der Arbeit — in die ganze Welt.“

Die Streiks in Spanien

Für den Bürger liberaler Staaten ist ein Streik seit Generationen etwas viel zu Kollektives, Gefahrloses, ja Langweiliges, als daß er sich noch in eine solch existentielle Haltung hineindenken könnte. Hier ist ein menschliches und christliches Dokument, das besser als Meldungen von Aussperrung und Verhaftung beleuchtet, was in vielen Staaten der Welt den Arbeiter zum Streik treibt und was den einzelnen dann erwartet.

Die Veröffentlichung im „Signo“ trägt zwar die unbestimmte Quellenangabe „aus der hispanoamerikanischen Presse“; ihre eigentliche Bedeutung erhält sie aber durch den Abdruck in Spanien und angesichts der dortigen innenpolitischen Lage. Während die Streiks in den spanischen Industriegebieten seit dem vergangenen Jahr (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 79) trotz allen Regierungsmaßnahmen nie mehr völlig abrisen und derzeit in Form von kleinen „Bummelstreiks“ und „rotierendem“ Ausstand in der Gegend von Oviedo in Asturien weiter schwelen, bestreitet der spanische Staat der Arbeiterschaft nach wie vor das Recht auf Streik.

Die spanische Kirche hat demgegenüber immer auf das unverbrüchliche Recht der Arbeiter zu kollektiver Selbsthilfe hingewiesen. Der Kardinalprimas Pla y Deniel erklärte am 17. März auf der 3. Nationalversammlung der „Sozialen Aktion der Unternehmer“: „Die Arbeiter haben das Recht, das ihnen niemand verweigern kann, ihre Stimme korporativ zur Geltung zu bringen und so ihre Rechte und Interessen zu verteidigen. Die Unternehmer müssen den Arbeitern dieses Recht zugestehen, und nur damit wird eine echte Sozialreform möglich sein... Traurig der Staat, der nicht auf diese Mitarbeit seiner Bürger zählt“ (Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 355; vgl. die ähnlich scharfen Hirtenworte im vergangenen Jahr, Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 79 f.). In die gleiche Richtung weist nunmehr die demonstrative Veröffentlichung des „Gebets eines Streikenden“ in der kämpferischen Wochenschrift der Katholischen Jugend.

Aus der totalitären Welt

Die Krise in der Sowjetjugend Ende Februar nahm das Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes (Komsomol) nach einer eingehenden Erörterung der Krisenerscheinungen in der sowjetischen Jugend eine umfangreiche Resolution zur „Verbesserung der ideologisch-

erzieherischen Arbeit der Komsomol-Organisationen unter den Komsomolzen und der Jugend“ an („Komsomolskaja Pravda“, 28. 2. 57).

Lob und Tadel für die Jugend

Das Zentralkomitee stellt hier zunächst fest, der Kampf zur Errichtung des Kommunismus sei zur hohen Schule revolutionärer Erziehung der sowjetischen Jugend geworden, was durch ihre tägliche Arbeit in der Volkswirtschaft und durch die patriotischen Taten, die sie unter Leitung der Partei bei der Neulandgewinnung und der Ausführung großer Bauvorhaben in Sibirien, im Fernen Osten, im Hohen Norden und im Donbass vollführe, unter Beweis gestellt werde. Der Beitrag der Jugend könne aber durch eine stärkere Entfaltung ihrer revolutionären Energien noch gesteigert werden, was in erster Linie durch eine Verbesserung der ideologisch-erzieherischen Arbeit des Komsomols zu erreichen sei.

Den Hauptmangel dieser Arbeit sieht das ZK in einer „Isolierung von der Praxis des kommunistischen Aufbaus“, bei der man die konkreten Bedingungen und Forderungen der Zeit nicht berücksichtige. Die Komsomol-Organisationen vergäßen oft, heißt es, daß sich die heutige Jugend bereits in einer Situation befinde, die durch den Sieg des Sozialismus charakterisiert sei und „außerordentlich günstige Bedingungen für die Erziehung der Jugend“ aufweise. Leider könnten sich viele Jugendliche nicht vorstellen, mit welchen Mühen die heutigen allgemeinen Lebensbedingungen erobert worden seien. Viele pochten in parasitärer Einstellung nur auf ihre wohlverwobenen Rechte, vergäßen aber ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft und „fordern vom Staat viel, geben ihm aber wenig“. „Es gibt Eltern, die die Jugend schlecht erziehen, verwöhnen und sich dabei darauf berufen, daß sie früher ihr Blut für ein besseres Leben vergossen hätten, nun aber ihre Kinder keinerlei Schwierigkeiten haben sollten.“

In diesen Klagen über eine bequem und anspruchsvoll gewordene Jugend zeigt sich die Schwierigkeit einer ideologischen Meisterung der Phänomene der sozialen Umschichtung und des Wechels der Generationen sowie auch das Erstaunen der Sowjetführung über eine Erscheinung, die sie selbst durch ihre Maßnahmen auf vielen Lebensgebieten hervorgerufen hat: die Verbürgerlichung sogar eines Teiles der Jugend. Wenn man den Staat und seine Einrichtungen und Lebensbedingungen ständig preist und lobt, läßt sich eben kein revolutionärer Geist unter der Jugend wachhalten.

Ideologische Gefahren

Während man von der Jugend einen kämpferischen Geist zur Erfüllung ihrer Aufgaben fordert, zeigt man sich an anderer Stelle sehr beschäftigt mit der Bändigung dieses Geistes, nämlich auf ideologischem Gebiet.

„Ein bedeutender Teil der Komsomol-Organisationen und -komitees hat in der Aufmerksamkeit gegenüber der ideologischen Stählung der Jugend nachgelassen... Auch wird zuweilen der Einfluß der wütenden imperialistischen Propaganda der kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion nicht berücksichtigt. Indem sich die Feinde aus dem Lager des Imperialismus an die von der Kommunistischen Partei durchgeführte Kritik am Personenkult und seinen Folgen klammern, versuchen sie diese zu einer Untergrabung der Grundlagen der sowjetischen Struktur, des Marxismus-Leninismus, zu gebrauchen. Nicht selten gehen aber die Komsomol-Organisationen nicht gegen die

Schliche der bourgeoisen Ideologie vor, entlarven sie schlecht die antisowjetischen, provokatorischen Gerüchte und Erfindungen und erziehen sie die Jugend ungenügend im Geist bolschewistischer Wachsamkeit. Mitunter fehlt es an einer gebührenden Abfuhr für die nihilistischen und anderen ungesunden Äußerungen einzelner Jungen und Mädchen und vor allem bei einer Anzahl von Studenten, die das Wesen und die Bedeutung der von der Partei durchgeführten Arbeit zur Beseitigung der vom Personenkult verursachten Mängel nicht richtig zu erfassen vermochten.“

Die aus zahlreichen Andeutungen der Sowjetpresse hervorgehende ideologische Krise besonders unter der studentischen Jugend findet in diesen Sätzen ihren Niederschlag. Inwieweit die ideologischen Abweichungen unter der Jugend tatsächlich von der „kapitalistischen Umkreisung“ hervorgerufen sind oder aber von dem Bestreben, die Einseitigkeit und Langeweile der amtlichen Weltanschauung und Lebensauffassung zu überwinden, muß dahingestellt bleiben.

Stärkung der kommunistischen Moral

Weiterhin wird den Komsomol-Organisationen der Vorwurf gemacht, daß sie sich nur ungenügend mit der moralischen Erziehung der Jugend befassen und zuwenig gegen Trunksucht, Rowdytum und Nichtstuerei vorgehen. Obwohl damit erhebliche Mängel im Erziehungswesen zugegeben werden, wird doch behauptet, „unsere erzieherische Arbeit verlief und verläuft auf richtigem Wege und erzielt hervorragende Ergebnisse. Wir wenden uns aber mit aller Gewalt gegen die Mängel deshalb, weil sie jetzt, da das Land sich dem Kommunismus immer mehr nähert, besonders unerträglich sind.“ Der Komsomol sei dazu berufen, die Jugend zu überzeugten und leidenschaftlichen Kämpfern für die Sache des Kommunismus zu machen. Dazu gehöre auch die Formierung ihres Bewußtseins im Geiste der „zeitgenössischen wissenschaftlichen Weltanschauung, des Atheismus, des Kampfes gegen die religiösen Vorurteile“.

Der Kampf gegen die Religion

Über diese sozusagen konventionelle, nun einmal zu jeder Resolution dieser Art gehörende antireligiöse Dosis hinaus enthält das umfangreiche Dokument keine expliziten Angriffe gegen Religion und Kirche, vielleicht deshalb, weil schon zwei Wochen früher ein besonderer Erlaß „Über die Verbesserung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda unter der Jugend“ vom ZK des Komsomol angenommen worden war. Das Zentralorgan des Komsomol hat den Text dieses Erlasses nicht veröffentlicht, sondern sich mit einer kurzen Zusammenfassung begnügt („Komsomolskaja Pravda“, 12. 2. 57).

Darin treten die bekannten marxistisch-leninistischen Schlagworte vom Klassencharakter der Religion und der Kirche und ihrem Bunde mit dem Kapitalismus zugunsten der „wissenschaftlichen“ Bekämpfung der Religion mit Argumenten der Atheisten aus aller Welt vollkommen zurück — eine Auswirkung des Erlasses des ZK der Partei vom November 1954 zur Schonung der Gläubigen, der, wie erinnerlich, den Titel „Über die Fehler bei der Durchführung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda unter der Bevölkerung“ trug (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 155).

Der atheistischen Propaganda unter der Jugend sollen gemäß dem Erlaß des ZK des Komsomol populäre Erläute-

rungen der wichtigsten Erscheinungen im Leben von Natur und Gesellschaft und die Behandlung folgender Themen zugrunde gelegt werden: Aufbau des Weltalls, Ursprung des Lebens und des Menschen auf der Erde, Errungenschaften auf dem Gebiet der Astronomie, Biologie, Physiologie, Physik, Chemie und anderer Wissenschaften, die die materialistische Auffassung von der Entwicklung der Natur und der Gesellschaft belegen. Schullehrer, Dozenten der technischen Schulen und Universitäten, Ärzte, Astronomen, Zootechniker und Ingenieure sollen herangezogen werden, um das antiwissenschaftliche Wesen der Religion zu erläutern. Das Repertoire der Chor- und dramatischen Zirkel, der Gruppen für künstlerische Betätigung und der künstlerischen Agitationsbrigaden soll wissenschaftlich-atheistische und antireligiöse Themen berücksichtigen. In den Klubs und Lese-Hütten sollen häufigere Lesungen und Diskussionen atheistischer Literatur stattfinden. Die Jugendpresse, Wandzeitungen, Planetarien, Observatorien, Museen, Exkursionen zu wissenschaftlichen Forschungsinstituten, Laboratorien und Selektionsstationen, Frage- und Antwortabende, Vortragsreihen und Filmvorführungen sollen von den Komsomol-Organisationen mehr als bisher zur Vertiefung der atheistischen Propaganda ausgenutzt werden.

Es ist ganz offensichtlich, daß hier auf eine vermeintlich wissenschaftliche, besonders naturwissenschaftliche Mentalität gesetzt wird, wie sie in der bürgerlichen Traditionskiste des 19. Jahrhunderts aufbewahrt wird. Die Männer der Kirche und die auch in der Sowjetunion nicht ausgestorbenen gläubigen Forscher haben diese Art von bourgeoisem Geist längst überwunden, und sein hohles antireligiöses Pathos wird ebenso am Glauben des einfachen Volkes zerschellen. Sagten doch jene Dozenten der Geistlichen Akademien Moskau und Leningrad im Gespräch mit den Amerikanern, Gott der Herr habe dem Menschen zwei Bücher zu Lesen gegeben, die Bibel sowohl als die Natur, und Widersprüche könnten nur dann auftreten, wenn der Mensch nicht verstehe, das eine oder andere Buch richtig zu lesen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 146).

„Damit kann man sich nicht abfinden!“

Unter dieser Überschrift brachte die „Komsomolskaja Pravda“ (19. 2. 57) eine Woche nach Bekanntgabe des Erlasses zur Verbesserung der atheistischen Propaganda unter der Jugend einen Bericht über die religiöse Lage im Gebiet Stalino, der in der Tat die Notwendigkeit eines energischeren Vorgehens gegen die immer noch lebendigen „religiösen Vorurteile“ erweist. Mädchen, die am Sonntagabend im Kulturpalast der Bergarbeiter in Stalino tanzen, sah man morgens mit Bündeln von Kerzen aus den Kirchen kommen. Es ist allgemein bekannt, daß es im Donezbecken Jungen und Mädchen gibt, „die religiöse Riten ausführen und in die Kirche gehen“. Der Berichterstatter der „Komsomolskaja Pravda“, der sich zur Gottesdienstzeit in die Nähe einer Kirche begeben hat, trifft auf einige ältere Frauen, die ihn sogleich zum Besuch der Kirche auffordern und ihm die Schönheit der Riten rühmen. „Man fühlte, daß sie nicht zum ersten Mal ihre Kirche preisen.“ Gleich würde man Trauungen vornehmen, er solle nur hineingehen, auch Männer seien anwesend. Wenn er aber Kerzen, eine Ikone oder Kreuze haben wolle — sie würden alles besorgen, oder er möge sich selbst zum Markt bemühen. „In der Tat wurden auf dem Markt neue Ikonen und anderes kirchliches Gerät feilgeboten.“

„... Auch viele andere Beispiele zeigen, daß die Diener der Kirche und die Prediger der religiösen Sekten von der jungen Generation nicht ablassen. Im Gegenteil, indem sie geschickt die Formen ihrer Arbeit in heutigen Verhältnissen anpassen, verstärken sie ihren Kampf zur Gewinnung der Gefühle und der Geister der Jungen und Mädchen. Nehmen wir nur die religiösen Feiertage. Ihre Vorbereitung und Durchführung wird in großem Maßstab zur Annäherung der Jugend an die Kirche ausgenutzt... Die Diener der religiösen Kulte lassen bei ihrer Tätigkeit nicht ein einziges wichtiges Ereignis im menschlichen Leben aus. Eheschließung, Geburt von Kindern, der Tod eines nahen Menschen, materielle Schwierigkeiten u. ä., alles das benutzen sie, um sich in die Seele der Menschen einzuschleichen und um ihren Einfluß auf die Jugend auszuweiten.“ Nun sage man zwar, daß die Kirche und die Sekten ihre Haltung zum Sowjetstaat geändert hätten. Dennoch bleibe die religiöse Ideologie „der ganzen Struktur unseres Lebens prinzipiell feindlich“. Daher sei es zu bedauern, daß viele Komsomol-Organisationen ihre Aufgaben vergessen hätten, der Verbreitung dieser Ideologie entgegenzutreten. In Stalino hätten sie es wohl versucht, aber untaugliche und „längst verworfene“ Methoden angewandt. An Ostern hätten sich fünfzehn Komsomolzen zusammengetan, einen Plattenspieler bei der Kirche aufgestellt und während des Gottesdienstes getanzt — „der Milizionär ersuchte sie, sich zu entfernen“. Ebenso sei es denjenigen ergangen, die sich die Devotionalienverkäufer auf dem Markt vornehmen wollten.

Nicht nur der westliche Beobachter, auch der sowjetische Leser fragt sich natürlich, welchen Umfang die religiöse Beeinflussung der Jugend angenommen hat. „Viele Komsomol-Funktionäre lieben es, zur Rechtfertigung ihrer Untätigkeit zu behaupten, daß ein zu unbedeutender Teil unserer Jugend dem Einfluß der Religion unterliegt. Haben wir aber das Recht, auch nur einen einzigen Jungen oder ein einziges Mädchen der Kirche oder einer Sekte zu überlassen, indem wir uns damit rechtfertigen, daß dies nur eine Ausnahme sei?“

Die jüngsten Maßnahmen der ideologischen Führung sowie die Berichte über die religiöse Lage lassen vermuten, daß es sich durchaus nicht nur um Einzelfälle „religiöser Beeinflussung“ handelt.

Aus den Missionen

Die Missionen auf den Inseln Ozeaniens. Missionsgebetsmeinung für Juli 1957

Als die Seemächte des Westens sich vor der Mitte des vorigen Jahrhunderts im Zuge der Kolonialausbreitung für die weltverlorenen Inseln des Pazifik zu interessieren begannen, erwachten auch

die Missionsinteressen der Christen namentlich Englands und Frankreichs für diese Räume. Es setzte eine Art Wettlauf zwischen protestantischen und katholischen Missionaren um die Erstbesetzung der Inseln ein, der in etwa mit dem Wettlauf der Mächte um die politische Besetzung parallel ging, ohne daß die Missionen jeweils direkt den besetzenden Mächten auf dem Fuße folgten. Meist war es umgekehrt. In kühnem Wagemut setzten die missionierenden Gesellschaften Gruppen ihrer Leute auf Inseln an Land, von denen man im Abendland meist nur wußte, daß dort Kannibalen lebten. Auf katholischer Seite wurde das durch die Romantik befruchtete neue Missionsinteresse besonders in Frankreich für die Südsee

entfacht. Französische Priester (Maristen und Picpusmissionare) zogen als die Pioniere der katholischen Südsee-Mission zum „heiligen Abenteuer“ in die Ferne, erfüllt von einer radikalen Hingabe und Opferbereitschaft bis zum Tode. Keiner von diesen Missionaren konnte an eine methodische Vorbereitung auf diese Aufgabe denken. Man kannte weder die Kulturen noch die Sprachen und war zur Beurteilung der Lage auf die Berichte von Seefahrern angewiesen, die diese Gebiete durchkreuzt hatten. Dementsprechend war die Ausreise der Missionare jeweils ein Ereignis, das tiefe Bewegung im Volke auslöste. Weinende Angehörige und Freunde begleiteten in Le Havre und in anderen französischen Atlantikhäfen die Missionare zum Schiff. Man war sich bewußt, daß der Abschied eine Trennung für immer bedeutete. Die Fahrt allein dauerte viele, viele Monate, ja ein Jahr und mehr. Viele dieser Pioniermissionare erlagen Seuchen und Krankheiten, einige wurden von den Einheimischen getötet bzw. Opfer des Kannibalismus. Die spärlich und nach langer Zeit eintreffenden Missionsberichte waren für die Heimat eine echte Sensation und blieben es noch lange Jahrzehnte. Man braucht nur die Jahrgänge der Missionszeitschriften des 19. Jahrhunderts zu durchblättern, um festzustellen, welch großen Raum damals die Berichte aus der Südsee einnahmen.

Heute sind Nachrichten aus der Südsee eine echte Seltenheit, wenigstens in der allgemeinen Missionspresse. Selbst die Agenzia Fides bringt nur in großen Abständen Berichte aus diesem Raum. Im Rahmen der Monatsintentionen des Gebetsapostolats wurde die Südsee-Mission zuletzt im Oktober 1951 der katholischen Welt vorgestellt (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 13—14). Die heroische Periode der Südsee-Mission ist zweifellos vorbei. Romantischen Charakter hatte sie nie. Die Romantik hat nur das Gefühl und die Phantasie des „empfindsamen“ Zeitalters um sie gewoben. Auch heute noch sind die Arbeitsbedingungen der meisten Missionare überaus schwer. Aber die Kolonial- und Schutzmächte haben geordnete Verhältnisse geschaffen, die Verbindung mit der übrigen Welt wird immer intensiver, es gibt keine Kirchenverfolgungen großen Stiles, die politischen Behörden arbeiten im allgemeinen mit den Missionen zusammen, und die Zahl der Nichtchristen in diesen riesigen Gebieten wird immer geringer. Das eigentliche Problem scheinen nur die asiatischen Einwanderer, namentlich die Inder auf den Fidjisch-Inseln, darzustellen, die sich weigern, die „Religion der Europäer“ anzunehmen, weil sie fürchten, damit ihr Indertum preiszugeben.

Nach wie vor echte Missionsaufgabe

Angesichts aller dieser Umstände und der Größe der Missionsprobleme in Asien und Afrika drohen die Südsee-Missionen in der Öffentlichkeit einer gewissen Nichtbeachtung anheimzufallen, die sie aber nicht verdienen. Auf einem unendlich erscheinenden Raum von 30 Millionen qkm dehnen sich dort 15 Apostolische Vikariate aus, die die Jurisdiktion über nur 157 000 qkm festes Land unter sich aufgeteilt haben. Nirgendwo ist die Kirche dort fest gegründet. Der einheimische Klerus ist noch sehr gering. Jahrzehntelange Versuche führten bisher nur zu mageren Ergebnissen in der Heranbildung eines Priesterstandes nach den strengen Ausbildungsvorschriften Roms. Keinem der Apostolischen Vikariate wurde bisher die Diözesanverfassung gegeben, und die wenigsten dieser Missions Sprengel werden finanziell je ohne die Hilfe der

Gesamtkirche leben können, weil der personale und materielle Aufwand für die Seelsorge der Inselbewohner die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden weit übersteigt. Es sind wegen der riesigen Entfernungen und der auf so vielen Inseln verstreut wohnenden Christengruppen weit mehr Priester nötig als in geschlossenen Festlandpfarreien. Dazu muß jede Mission eines oder mehrere kleine Schiffe zur Verfügung haben, die dauernd den Priester von Insel zu Insel führen. Eine Benutzung der nur selten fahrenden Regierungs- oder Handelsboote genügt den Erfordernissen geordneter Seelsorge nicht. Selbst große Inseln, in deren Innerem sich kein Wegenetz befindet, müssen zu Schiff umfahren werden, um die einzelnen Orte zu erreichen. Ein besonders frappantes Beispiel für die Verkehrsschwierigkeiten der Missionen ist das Apostolische Vikariat der Gilbert-Inseln, das sich über 36 Längengrade der Breite nach unterhalb des Äquators erstreckt. Wochenlange Fahrten sind hier oft notwendig, um von einer Insel zur anderen zu gelangen. Von der Entwicklung des Flugverkehrs haben die Missionen wenig Nutzen. Denn dieser Verkehr ist Durchgangsverkehr zwischen den großen Kontinenten und berührt nur wenige als Stützpunkte ausgebaut große Flugplätze. Der lokale Verkehr kann nach wie vor nicht auf kleine Schiffe verzichten.

Weil die Südsee-Missionen auf lange Zeit hinaus keinen ausreichenden einheimischen Klerus erhalten werden, bleiben sie auf die Hilfe der übrigen Kirche angewiesen. Ihre Preisgabe kann auch aus Gründen katholischer Gesamtstrategie nicht verantwortet werden, weil dadurch die Kirche in Australien und Neuseeland in eine schwierige Lage geraten würde. Die unter Bevölkerungüberdruck leidenden großen heidnischen Völker Südostasiens richten auch nach dem Fehlschlag des japanischen Abenteurers im Pazifik ihren Blick unverwandt auf den Südsee-Raum als zukünftiges Siedlungsgebiet. Nur wenn das Christentum auf der Inselnflur bodenständig und dynamisch ist, kann es heidnische Zuwanderer zu assimilieren versuchen. Sonst wird es nach Aufhebung der zur Zeit herrschenden Sperre für asiatische Zuwanderer weggeschwemmt, und das nichtchristliche Asien dehnt sich dann bis vor die Tore des christlichen Australiens und Neuseelands aus.

Die Katholiken Australiens und Neuseelands haben in den letzten zehn Jahren in wachsendem Maße ihre besondere Verantwortung für das Missionswerk in der Südsee erkannt und es sowohl finanziell als auch durch Sendung von Priestern, besonders aber durch Bereitstellung von Laien-Missionshelfern unterstützt. Immerhin dürften in den 15 Vikariaten höchstens 30 australische und neuseeländische Priester tätig sein, während von 1948 bis 1956 die Zahl sämtlicher australischer Missionskräfte beiderlei Geschlechts in der gesamten Weltmission von 261 auf mehr als 700 anstieg (Catholic Missions, Sydney, April 1956). Die große Mehrzahl dieser Australier geht heute nach Afrika, Indien, Korea, Japan, Malaya, Neuguinea, während die australischen Kräfte vorher nur nach Neuguinea und zum Südwest-Pazifik gingen. Bei aller Anerkennung des universalen Missionsgeistes, der in Australien und Neuseeland erwacht ist, wäre doch zu wünschen, daß diese Länder die Inselwelt des gesamten pazifischen Raumes als nächstliegende Missionsgebiete ansähen, die sie am besten und mit dem geringsten finanziellen Aufwand betreuen könnten, zumal die Gesamtentwicklung des ganzen Raumes auch in kultureller Hinsicht sich auf Australien und Neuseeland auszurichten beginnt.

Um ein geschlossenes Bild der Lage der Kirche im eigentlichen Insel-Ozeanien zu vermitteln, das die Leitung des Gebetsapostolates allein hier behandeln wissen möchte, beschränken wir uns auf die drei großen Inselgruppen Mikronesien, Melanesien und Polynesien, die beiderseits des Äquators in einem ungeheuren Viereck liegen, dessen Ecken (vergleichsweise auf einen uns näher gelegenen Raum übertragen) sich in Halifax (Kanada), Moskau, Mauretanien (franz. Westafrika) und dem Roten Meer befinden.

Mikronesien weist drei Apostolische Vikariate auf: Karolinen- und Marshall-Inseln, Gilbert-Inseln, Marianen (Guam). Bei einer Gesamtbevölkerung von 143 000 Einwohnern zählt man dort 86 500 Katholiken (60 Prozent). Melanesien umfaßt 5 Vikariate: Rabaul (Bismarckarchipel), Neukaledonien, Neue Hebriden, Nordsalomonen, Südsalomonen. Man zählt dort bei 406 300 Einwohnern 181 000 Katholiken (44 Prozent).

In Polynesien gibt es 7 Apostolische Vikariate: Samoa-Inseln, Cook-Inseln, Fidschi-Inseln, Marquesas-Inseln, Tahiti-Inseln, Tonga-Inseln, Wallis und Futuna. Von den 493 000 Einwohnern sind 88 350 katholisch (fast 18 %). Für die 15 Apostolischen Vikariate ergeben sich als Gesamtzahlen: Einwohner 1 042 300, Katholiken 355 850, Protestanten über 500 000.

Die Zahl der Nichtchristen in allen diesen Gebieten dürfte 250 000 nicht überschreiten. Davon ist nur der kleinere Teil Anhänger der Primitivkulte. Die Mehrzahl bilden asiatische Heiden, besonders auch die 160 000 hinduistischen und mohammedanischen Inder auf den Fidschi-Inseln, die sich gegen jede Christianisierung weitgehend sperren.

Die großen Personalsorgen im Bismarck-Archipel

Von den 430 Priestern der Inselwelt stammen nur etwa 45 von den Inseln selbst. Unter den ausländischen Missionaren bilden Deutsche und Österreicher eine kleine Minderheit, die auf den Salomonen und Samoa (Maristen) sowie im Bismarckarchipel tätig ist. Die stärkste Gruppe ist jene des Apostolischen Vikariats Rabaul (Herz-Jesu-Missionare von Hilstrup). Sie steht unter Leitung des aus Preußisch-Stargard stammenden Bischofs Scharmach. Dem Vikariat, das im Kriege eine Totalzerstörung aller seiner Einrichtungen erlebte und den Verlust von mehr als einem Drittel seiner Kräfte durch Hinrichtung, Bombardierung und Verelendung zu beklagen hatte, ist nach dem Kriege eine Anzahl nordamerikanischer, irischer und australischer Mitbrüder zu Hilfe geeilt. Dennoch ruht die Hauptlast dieser hervorragend organisierten Mission — wohl unbestritten der technisch bestentwickelten der Südsee — auf den Schultern der deutschen Missionare, die unter wachsendem Personalmangel leiden, zumal ihre süddeutschen und österreichischen Mitbrüder, die früher der Mission zugeteilt wurden, jetzt nach Belgisch-Kongo ausgesandt werden, wo die Verhältnisse noch weit ungünstiger liegen als in Rabaul. Durch den Priestermangel ist die Seelsorge der einheimischen Christen des Vikariats schon weitgehend in Frage gestellt. Sorgenvoll schrieben die Hilstruper Monatshefte (Nr. 9, 1956): „Wenn wir nicht in absehbarer Zeit unseren überlasteten Mitbrüdern im Apostolischen Vikariat Rabaul eine Reihe junger Missionare zur Hilfe senden können, dann geht das traditionsreiche Missionsgebiet einer Krise

entgegen, die alle Erfolge einer bald 75jährigen opferreichen Missionsarbeit gefährdet. Vor Ausbruch des letzten Weltkriegs, im Jahre 1939, wirkten dort 58 deutsche und österreichische Priestermissionare unserer Ordensgemeinschaft — heute sind es nur mehr 49. Damals betrug ihr Durchschnittsalter 43 Jahre — heute ist es auf 52 angestiegen. Damals waren 28 von ihnen noch keine 40 Jahre alt — heute nur mehr 8, und 6 haben bereits das 70. Lebensjahr überschritten.“ Inzwischen konnten Ende 1956 vier Missionare neu in die Südsee ausgesandt werden.

Starke konfessionelle Gegensätze

Da die meisten Inseln praktisch zwischen den christlichen Bekenntnissen aufgeteilt sind und keines dort mehr sehr große Ausbreitungsmöglichkeiten besitzt — es gibt z. B. in sämtlichen 15 Vikariaten nur einige tausend Taufbewerber —, haben sich bei der auch geistigen Enge des Raumes die Gegensätze zwischen den Konfessionen verhärtet. Es ist die merkwürdige Tatsache festzustellen, daß zwischen Katholiken und Protestanten die psychologische Haltung des nachreformatorischen Zeitalters ausgerechnet in der Südsee getreulich konserviert wird. Bis in die jüngste Zeit kam es auch noch vor, daß gewisse Inseln den Katholiken gesperrt waren. Im Jahre 1937 verhängte so die englische Verwaltung der Gilbert-Inseln eine solche Sperre für katholische Missionare. Bis 1954 war ihnen die Mission auf 11 der weltverlorenen Inseln untersagt. Da heute die Schutzmächte der Südsee die Grundsätze der Vereinten Nationen über die Menschenrechte angenommen haben, zu denen auch die Religionsfreiheit gehört, lassen sich solche Sperrvorschriften natürlich nicht mehr aufrechterhalten. Praktisch aber ist es für Katholiken und Protestanten nicht geraten, auf Inseln sich auszubreiten, die von der einen oder anderen Konfession als Domäne betrachtet werden. Die Zentralsalomonen, ein relativ großes Gebiet, sind z. B. von den Protestanten besetzt. Man hat katholischerseits den Plan gefaßt, auch dort Missionsarbeit zu beginnen, stand aber wegen der zu befürchtenden Erregung der Protestanten davon ab und begnügte sich damit, vorläufig in den nahegelegenen britischen Mandat-Inseln Choiseul und Shortland durch australische Dominikaner Schulen errichten zu lassen. Auf Tahiti, einer Domäne der französischen Protestanten — nur 22,2 Prozent der Bevölkerung sind dort katholisch —, entfalten die französischen protestantischen Pastoren jüngst einen großen Sturm gegen die Ausweitung der dort schon seit vielen Jahrzehnten bestehenden katholischen Schulen. Es liegt nahe, daß die Regierungen dieser Inselwelt, die immer mehr die Funktionen des modernen Wohlfahrtsstaates zu übernehmen suchen, die Gegensätze zwischen den Konfessionen benutzen, um den politischen Einfluß der Kirchen zurückzudrängen, der sich, solange der Staat nur Verwaltungs- und Polizeifunktionen ausübte, mancherorts zwangsläufig herausgebildet hatte. Ein junger Finne hat vor einigen Jahren eine Studie über das Verhältnis von Kirche und Staat auf den Südsee-Inseln veröffentlicht, in der er die Gefahr einer Art Theokratie bei den Missionen und einer unzulässigen Bevormundung der Kirchen beider Bekenntnisse seitens des Staates hervorhob (Aarne A. Koskinen, *Missionary Influence as a Political Factor in the Pacific Islands*, Helsinki 1953).

Kirche und Staat im Südsee-Raum

Die Missionen haben es schwer, im Südsee-Raum zu einer einheitlichen Haltung gegenüber dem Staat zu gelangen,

da die Inselgruppen zur Zeit einer großen Zahl politischer Jurisdiktionen unterworfen sind. Verschiedene Vikariate liegen sogar innerhalb dreier Hoheitsgebiete. Da gibt es amerikanischen Besitz und amerikanische Auftragsverwaltung, englische Besitzungen und englische Protektorate, neuseeländischen Besitz und neuseeländische Treuhandgebiete, australische Besitzungen und australische Mandate, französische Besitzungen und Protektorate, die wieder in einer übergeordneten Gesamtverwaltung zusammengefaßt sind, ein englisch-französisches Kondominium und ein offiziell als selbständig erklärtes Land, über das aber die Briten nach wie vor ein diskretes Protektorat ausüben: das Königreich Tonga. Dort hat man übrigens seit einer Reihe von Jahren in Nachahmung von Methoden junger asiatischer Staaten die Zahl der ausländischen Missionare beschränkt. Für je 2000 Anhänger jeder christlichen Kirche wird nur *ein* ausländischer Religionsdiener zugelassen! Samoa, wo eine starke nationalistische Bewegung besteht, erhofft in Bälde seine Freiheit. Angesichts der unaufhaltsamen Evolution, die — immer mit einem zeitlichen Rückstand etwa gegenüber Afrika — auf den Inseln des Pazifik vor sich geht, haben sich die beteiligten Mächte seit 1951 zu enger Zusammenarbeit in der sogenannten Südpazifischen Kommission entschlossen, die das gemeinsame Wohlergehen von 17 Territorien gewährleisten soll. Sie hat ihren Sitz zu Noumea, der Hauptstadt Neukaledoniens, und hat sich einen Rat von Sachverständigen angegliedert, der umfangreiche Untersuchungen auf allen das Gemeinwohl betreffenden Gebieten vornimmt. Vertreter der einzelnen Völkerschaften treffen sich alle zwei Jahre zu gemeinsamen Beratungen, zu denen als Beobachter u. a. auch die Vertreter der Missionen zugelassen sind. Die letzte dieser Versammlungen fand im Vorjahr auf den Fidschi-Inseln statt. Gegenüber der Tätigkeit der christlichen Missionen herrschte dort ein ausgesprochen gutes Klima, und man sprach sich anerkennend über die Zusammenarbeit von Regierung und Missionen aus. Schwierigkeiten bereitet z. Z. fast überall die Schulfrage, ähnlich wie in Afrika. Die Jugend drängt zu den Schulen. Die Regierungen wollen entweder allmählich das Schulwesen selbst in die Hand nehmen oder fordern von den Missionen die Durchführung kostspieliger Schulprogramme, ohne dafür die notwendigen Mittel und Kräfte zur Verfügung zu stellen. Ähnlich wie die Bischöfe Neuguineas rufen viele Bischöfe der 15 Vikariate der Inselwelt nach der Hilfe katholischer Laien aus den altchristlichen Ländern, um die Entwicklung der Schulen, die auf großen Inseln teilweise einen schon hohen Stand erreicht haben, zu fördern und zu verhüten, daß die Missions-Volksschulen verkümmern. In allen ihren ökonomischen, sozialen, caritativen und kulturellen Tätigkeiten muß sich die Mission damit abfinden, daß das, was sie einst allein tat, nun auch andere tun, und sie muß dagegen kämpfen, daß der moderne Staat auch in der Südsee viele Bereiche an sich zu reißen versucht, in denen die Kirche kraft ihrer Sendung ein unabdingbares Mitspracherecht hat.

Eine veränderte Welt

Die idyllische Abschließung der Südsee-Inseln verschwindet immer mehr. Die Idylle, in der die Missionsarbeit dort dargestellt wurde, war stets eine Fiktion, und die Abschließung nur relativ. Heute aber geben die großen Transportmaschinen der Amerikaner, die die Inselwelt überfliegen, und der Ausbau des amerikanischen und britischen Flugwesens in diesem Bereich den Bewohnern

der unendlichen Südsee das volle Gefühl, zur großen Welt zu gehören. Westliche Bildung, Handel, Technik, weithin säkularisierte soziale und politische Anschauungen strömen ein. Die Regierungen bemühen sich intensiv um sanitären, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Bevölkerung. Die eingessene Bevölkerung erlebt die ganzen inneren Spannungen zwischen den neuen Ideen bzw. Lebensformen und der alten streng geordneten Kultur, der dargebotenen individuellen Freiheit der westlichen Zivilisation und der einstigen absoluten Unfreiheit der Stammesordnungen. Die Gesellschaftsformen sind in dynamischer Entwicklung. Der Mensch, der Humanismus sind das Bildungsideal der neuen Zeit. Es wird Aufgabe der Mission sein, im Menschen des Pazifik den Christen zu formen und zu verhüten, daß die Grundlagen für einen christlichen Humanismus zerstört werden. In diesem Bemühen müßten katholische und protestantische Mission unbedingt zusammengehen. Sie würden dadurch einen enormen Kraftzuwachs ihrer kulturbildenden Arbeit erreichen.

Verstaatlichung der Missionsschulen im Sudan Vollkommen überraschend gab der sudanesischer Erziehungsminister am 13. 2. 57 den Beschluß der Regierung bekannt, sämtliche Missionsschulen im Süden des Landes zu verstaatlichen. Die Elementar- und Dorfschulen würden am 1. April 1957 von der Regierung übernommen werden, die übrigen Schulen im Laufe der nächsten vier Jahre.

Die „Nationalisierung“ der Missionsschulen im Sudan war von der Regierung schon seit längerer Zeit geplant worden, nachdem die muslimische Presse die christlichen Missionen und vor allem die Missionsschulen für die Unruhen im Süden verantwortlich machte (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 411). Nachdem die Ruhe im Süden wieder hergestellt war, schien es so, als würde durch Verhandlungen zwischen Episkopat und Regierung eine Einigung erzielt werden können. So erklärte auch der Unterrichtsminister anlässlich einer Inspektionsreise durch den Süden, daß die Übernahme der Missionsschulen erst nach vier Jahren erfolgen könne, und bat die Vertreter der Missionen, für den 13. 2. 57 zu einer Besprechung nach Khartum zu kommen. Am selben Tage gab der Unterrichtsminister den Nationalisierungsbeschluß der Regierung bekannt und war nur noch zu Verhandlungen über die Modalitäten der Übergabe bereit. Die sudanesischen Bischöfe protestierten gegen die Verstaatlichung der Missionsschulen und erklärten, daß Kirchengut nicht übertragbar sei, die Rechte der Kirche und der Eltern nicht ignoriert werden dürften und jede Übertragung der Leitung katholischer Schulen unter Bedingungen vor sich gehen müßte, die der Heilige Stuhl gutheißen kann.

Der Unterrichtsminister weigerte sich, auf die Frage des Eigentums an den Schulen einzugehen (die katholischen Missionsschulen stellen einen Wert von ca. 3 Millionen Dollar dar).

Es ist vorerst noch nicht zu ersehen, auf Grund welchen Rechtstitels die Regierung des Sudans die Missionsschulen übernehmen will. Die meisten Schulen wurden auf Grund eines Pachtvertrages mit der Regierung, der auf 99 Jahre befristet ist, erbaut. Die Baukosten selbst wurden jedoch von den Missionen getragen. Seit 1945 erhalten die Schulen eine sehr geringe Subvention. Die Übernahme der Schulen kommt also einer Enteignung gleich, denn die

Regierung beansprucht, wie es scheint, nicht nur die Aufsicht über die Schulen, sondern auch das Eigentum an ihnen und wird sie in Zukunft als Regierungsschulen und mit eigenen Lehrkörpern führen wollen. Die Regierung des Sudans geht hierin sehr viel weiter als andere muslimische Staaten, die sich mit einer — zum Teil allerdings untragbaren — Reglementierung der Missionsschulen begnügen.

Gegensätze zwischen Nord- und Südsudan

Die Situation, die durch die Verstaatlichung der Missionsschulen entstanden ist, ist äußerst kritisch. Im Norden des Sudans leben 6,5 Millionen Muslimen, die arabisch sprechen und sich als Araber fühlen. Im Süden des Landes leben 2,5 Millionen Heiden, die ihre eigenen Sprachen sprechen und sich eher ihren Stammesverbindungen als einem sudanesischen Staat verpflichtet fühlen. Ihr kulturelles, zivilisatorisches und wirtschaftliches Niveau liegt erheblich unter dem des sudanesischen Nordens.

Die Gegensätze zwischen Norden und Süden sind nicht ausschließlich religiöser Natur. Sie stammen zum Teil noch aus der Zeit des Sklavenhandels, in der muslimische Sklavenjäger aus dem Norden ihre Beutezüge nach dem Süden unternahmen. Wenn auch der Sklavenhandel praktisch aufgehört hat (vereinzelt Fälle sind bis in die jüngste Zeit bekannt geworden), so ist doch auf beiden Seiten ein wenig von der alten Mentalität geblieben. Die „Araber“ des Nordens fühlen sich in jeder Beziehung dem Süden überlegen und leiten daher auch ihren Anspruch her, dieses Gebiet in der Form zu regieren, die ihnen als richtig erscheint. Für sie ist der Sudan ein arabischer, muslimischer Staat, und es ist daher auch selbstverständlich, daß sie keine Mühe, aber auch keine Gewalt scheuen werden, sich den Süden zu assimilieren. Das dürfte in den Augen des Nordens auch der natürlichste Weg sein, die Gegensätze zwischen Nord und Süd zu beseitigen.

Die rechtlichen Voraussetzungen für dieses Vorgehen werden durch die neue Verfassung des Sudans gegeben werden. Die Kommission, die mit der Ausarbeitung der neuen Verfassung beauftragt wurde, hat die arabische Sprache als offizielle Landessprache und den Islam (gegen die Stimmen der Vertreter des Südens und der christlichen Gemeinschaften) als Staatsreligion vorgeschlagen. Damit werden die Verhältnisse im Sudan den Verhältnissen in den übrigen arabischen Staaten angepaßt.

Für den Südsudan ist dieser Vorstoß aus dem Norden, der bisher durch die englische Kolonialregierung aufgehalten wurde, ein Eingreifen in die uralten Lebensgewohnheiten dieses Gebietes. Im Süden, und wohl auch im Norden, ist der „Sudan“ eine Fiktion, denn es gibt weder ein sudanesisches Volk, noch eine sudanesishe Sprache, noch eine spezifische gemeinsame sudanesishe Kultur oder Geschichte. Die beiden Landesteile sind durch eher zufällige politische Gegebenheiten miteinander vereinigt worden.

Der Süden hätte von sich aus kaum die Möglichkeit gehabt, den Bestrebungen des Nordens irgendeinen geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Erst durch die nun mehrere Jahrzehnte währende Tätigkeit der Missionen wurde diese Möglichkeit geschaffen. Das geistige Rückgrat dieses Gebietes sind die christlichen Missionsschulen, welche als einzige irgendeine Art der Bildung vermittelten.

Im Gegensatz zum muslimischen Norden konnte hier auch das Christentum Fuß fassen. Die Christen verteilen sich heute im Sudan wie folgt:

Apostolisches Vikariat Khartum: 5700 Katholiken, 6,5 Millionen Muslimen;

Apostolisches Vikariat Bahr El Ghazal: 29 000 Katholiken, 682 000 Heiden;

Apostolisches Vikariat Rumbek: 6000 Katholiken, 470 000 Heiden;

Apostolisches Vikariat Bahr El Djebel: 84 000 Katholiken, 500 000 Heiden;

Apostolische Präfektur Mopoi: 38 500 Katholiken, 210 000 Heiden;

Apostolische Präfektur Malakal: 3700 Katholiken, 712 000 Heiden.

Hinzu kommen für das ganze Gebiet ca. 24 000 Katechumenen. Dagegen leben nur einige Tausend eingeborene Muslimen im Süden des Sudans. Wenn auch die Zahl der Christen im Süden relativ gering ist, so stellen sie doch die geistige Elite unter den Eingeborenen. Zudem sind sie im Gegensatz zu den Muslimen durch keinerlei nationale oder religiöse Beziehungen an den Norden gebunden, so daß die lokalen Interessen des Südens ihre eigenen sind und sie für diese voll eintreten können. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß es fast keinen eingeborenen Klerus gibt (unter 207 Priestern, die im Sudan tätig sind, sind 13 Afrikaner).

Die Regierung des Nordens muß also, wenn sie den Süden arabisieren will, notwendigerweise die christlichen Einflüsse in diesem Gebiet ausschalten. Das geschieht am zweckmäßigsten durch die Auflösung der Missionsschulen bzw. durch Einführung muslimischer Schulen an deren Stelle. Als es im September 1955 im Süden zu einer Militärrevolte kam, deren Grund in den natürlichen Gegensätzen und dem rücksichtslosen Verhalten der aus dem muslimischen Norden kommenden Beamten zu suchen ist, hat die Regierung die Missionsschulen kurzerhand geschlossen, um, wie es der Gouverneur von Äquatoria ausdrückte, „die Bewohner des Südens geistig zu züchtigen“. Im Juli 1956 wurden die drei einzigen Sekundärschulen des Südens, deren Schüler fast zur Hälfte Christen sind, nach Khartum überführt, um den Schülern „das Erlernen der arabischen Sprache und die Begegnung mit der arabischen Kultur zu erleichtern“.

Proteste

Die Reaktion ist im Süden nicht ausgeblieben. Der Senator Nyodho Okeish wendet sich in einem Brief, der am 2. April 1957 in der sudanesischen Zeitung „The Morning News“ veröffentlicht wurde, gegen den Beschluß der Regierung und stellt fest — man wird dies als eine Warnung ansehen müssen —, daß unter der Bevölkerung des Südens große Unzufriedenheit über die Verstaatlichung der Missionsschulen herrsche.

Am 4. April veröffentlichte die gleiche Zeitung einen Brief von Nejamin Lang Juk, einem Mitglied des Abgeordnetenhauses. Lang Juk führt darin aus, daß der Staat zwar die Pflicht habe, die Erziehung der Kinder zu gewährleisten, daß die Eltern aber gleicherweise die Pflicht hätten, dafür zu sorgen, daß ihre Kinder die Art von Erziehung erhielten, die ihre Eltern für richtig halten.

Zwar würde, wie der Unterrichtsminister erklärt hatte, ein Religionsunterricht mit Zustimmung des Schulvorstandes erteilt werden, die zukünftigen Schulvorstände aber würden Muslimen aus dem Norden sein. Lang Juk fordert in seinem Briefe weiter, daß die Vertreter der 3 Millionen Südsudanesen über den Beschluß der Regierung konsultiert werden.

Den Entwicklungen im Südsudan kommt mehr als nur lokale Bedeutung zu. Der Südsudan ist der wichtigste geographische Berührungspunkt zwischen dem arabisch-islamischen und dem heidnisch-afrikanischen Raum. Eine Islamisierung des Südsudans bedeutet zugleich einen weiteren Vorstoß des Islams nach Zentralafrika.

Ökumenische Nachrichten

Die Trauordnung der Evangelischen Kirche in Württemberg Als Nachtrag zu unserer Meldung „Zur Neuordnung der kirchlichen Trauung“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 324) ist zu berichten,

daß die Evangelische Landeskirche von Württemberg, die nicht zur VELKD gehört, aber ihr nahesteht, durch einen Beschluß der Landessynode die Neuordnung des Traugottesdienstes verabschiedet hat. Ihr wesentliches Merkmal ist eine Neufassung des Begriffes „kirchliche Trauung“ und ihre eindeutige Abgrenzung gegenüber der standesamtlichen Eheschließung. Während die bisher übliche Ordnung die vor dem Standesamt geschlossene Ehe durch den Pfarrer zu bestätigen hatte und die Eheleute dementsprechend ihr Ja-Wort wiederholen mußten, wird nunmehr die weltliche Eheschließung als ein Akt anerkannt, der keiner kirchlichen Bestätigung mehr bedarf, weil die Ehe „ein weltlich Ding“ sei. Damit ist gegen jene lutherischen Bestrebungen entschieden, die ein eigenes kirchliches Eherecht entwickeln wollen, weil man dem säkularen Staat nicht mehr zutrauen könne, daß er eine Ehe im Sinne des göttlichen Gebotes zu schließen beabsichtigt. Dennoch umschreibt die neue württembergische Trauagende die kirchliche Trauung als einen Akt eigener Bedeutung, der für christliche Gemeindeglieder unaufgebbar ist. Die Eheleute bekennen sich hier mit ihrem Ja-Wort zur Ehe als der Ordnung Gottes und versprechen, nach dieser Ordnung miteinander zu leben. Daraufhin wird ihre Verbindung kirchlich durch den Pfarrer gesegnet. Über die Frage, ob und unter welchen Umständen eine Trauung Geschiedener möglich ist, hat die Landessynode noch keine Entscheidung getroffen. Die Trauordnung gilt also wohl als eine notwendige Ergänzung der standesamtlichen Trauordnung.

Nach einer kirchlichen Statistik wurde in Württemberg von 79,57 v. H. der rein evangelischen Ehepaare die kirchliche Trauung erbeten, während von den evangelisch-katholischen Ehen nur 37 v. H. und von den evangelisch-sonstigen Ehen nur 30 v. H. in der Landeskirche getraut wurden.

Kurswechsel des Evangelischen Bundes?

Man kann dem Evangelischen Bund, seit er unter Leitung von Professor Heinrich Bornkamm steht, nicht absprechen, daß er sich im Rahmen seiner Zielsetzungen um ein gutes und verständnisvolles Verhältnis zur katholischen Kirche bemüht hat. Darüber gibt seine Zeitschrift,